

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 19397.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltenen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. Mär. Auch das Mittwoch-Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung“ ist beschlagnahmt worden wegen Majestätsbeleidigung, enthalten im Leitartikel.

Darmstadt, 5. Mär. Die „Darmstädter Zeitung“ meldet: Der Großherzog wurde gestern Nachmittag 3 Uhr von einem Schlaganfall getroffen. Die rechte Körperhälfte ist gelähmt, das Bewusstsein jedoch erhalten. Die Nacht verlief ruhig. Heute früh waren die Krankheitsscheinungen wesentlich unverändert.

Brüssel, 5. Mär. Die Antislaverei-Gesellschaft besitzt einen Bericht des Capitäns Joubert über das wirksame Vorgehen der deutschen Behörden gegen die Sklaverei, wodurch die neuerdings erhobenen französischen Anklagen entkräftet werden.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 5. Mär.

### Das Telegraphenmonopolgesetz

hat der Reichstag in 2. Lestung nach einigen Fährlichkeiten, die die Folge der chronischen Beschlüfsunfähigkeit waren, glücklich, nämlich im Sinne des Staatssekretärs v. Stephan, in Stande gebracht; aber zwischen der 2. und 3. Lestung werden sich alle, denen es Ernst damit ist, der Entwicklung der Elektricität zu Gunsten der Städte, des Handels u. s. w. die Bahn frei zu halten, darüber klar werden müssen, ob es bei den bisherigen Beschlüssen sein Verwenden haben kann. Die Anträge Bödiker konnte Herr v. Stephan ruhig annehmen; sie haben für die elektrische Industrie gar keine Bedeutung. Der Fall, daß die Reichstelegraphenverwaltung mit ihren Anlagen „später“ kommen wird, als die elektrische Industrie, wird selten eintreten, weil die erste fast überall schon jetzt die Vorhanden hat. Aber ganz abgesehen davon, hat die Reichsverwaltung ein unfehlbares Mittel in der Hand, Collisionen dieser Art zu verhindern. In der Anlage zum Commissionsbericht ist ja der Circularerlaß der Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten vom 18. März 1886 mitgetheilt, auf Grund dessen die Postverwürden angewiesen worden sind, „die zur ober- oder unterirdischen Durchführung von elektrischen Leitungen zu Beleuchtungs- u. s. w. Zwecken durch öffentliche Straßen, Wege und Plätze erforderliche Straßenbau- bez. verkehrs-politische Erlaubnis nicht zu ertheilen, ohne wegen der den jedesmaligen Umständen nach im Interesse der Reichs-Postverwaltung zu stellenden besonderen Bedingungen mit der befehligen Kaiserlichen Oberpostdirektion in Verbindung treten zu sein.“

Aus der dem Reichstage zugegangenen Petition des Breslauer Magistrats ist bekannt, daß die Postverwaltung die Hilfe der Polizei auch zu dem Zwecke in Anspruch nimmt, die Anlage von Starkstromanlagen, d. h. elektrischen Anlagen zu Beleuchtungs- u. s. w. Zwecken auch in allen denjenigen Straßen und Plätzen zu controlliren, wo staatliche Leistungen überhaupt noch nicht vorhanden sind. Sie hat es also in der Hand, zu verhindern, daß sie als die später Kommande zur Tragung der Kosten, welche der Schutz der Leitungen nothwendig macht, verpflichtet werden könnte. Mit der Annahme der Bödiker'schen Anträge ist also im Sinne der Petitionen, welche alle größeren Städte Preußens und eine große Zahl bairischer Städte an den Reichstag gerichtet haben, gar nichts gethan. Staatssekretär v. Stephan hat freilich den Versuch gemacht, insbesondere in dem Breslauer Falle, die Verantwortlichkeit auf die Polizei abzuwälzen; aber die Polizei hat doch nur auf Veranlassung der Postverwaltung gehandelt. Leider hat eine Anzahl von Mitgliedern des Reichstages, die im übrigen den gutmütigen Versicherungen des Herrn Staatssekretärs nicht ohne Misstrauen gegenüberstanden, Bedenken getragen, diesem Misstrauen auch durch ihre Abstimmung Ausdruck zu geben. So unglaublich es zu sein scheint, die Thatache steht fest, daß der Reichstag nach einjähriger Berathung das Reichstelegraphenmonopol bestätigt hat, ohne die Verwaltung zu einer klaren und unzweideutigen Erklärung über die Rechte zu veranlassen, welche sie auf Grund dieses Monopols in Anspruch nehmen zu können glaubt. Herr Schrader hat aus den protokollaren der Commission nachgewiesen, daß Herr v. Stephan sich einmal in der Sitzung des Gesetzes dazu hat verleiten lassen, zu behaupten, daß die Telegraphenverwaltung das Recht in Anspruch nehme, auf die Anlage anderer Leitungen Einfluß zu üben, daß er aber der Aufnahme dieser compromittirenden Erklärung in den Commissionsbericht widersprochen und sich auf die Erklärung zurückgezogen hat, die Verwaltung nehme nur die Rechte in Anspruch, die sie bisher schon besessen habe. Staatssekretär v. Stephan ist die Antwort auf die Behauptung Schraders schuldig geblieben.

Noch in einem zweiten Punkte hat Herr Schrader dem Staatssekretär ein eigenthümliches „Mißverständniß“ nachgewiesen. Letzter Freitag verlas Herr v. Stephan Citate aus Gefechten auswärtiger Staaten, die für seine Auffassung zeugen sollten, u. a. auch aus dem schweizerischen Bundesgesetz von 1889, wonach der eidgenössischen Verwaltung die Pläne für Starkstromanlagen vorzulegen sind, damit dieselbe den Unternehmer zu der erforderlichen Maßnahme verhüten könne, um die staatlichen Anlagen gegen jede Gefährdung und Betriebsstörung sicher zu stellen. Daz das schweizerische Gesetz auch die Bestimmung enthält,

dass dem Unternehmer von Starkstromanlagen die Kosten für solche Maßnahmen erlassen werden können, wenn es sich bei diesen Anlagen um ein öffentliches Interesse handelt, hat der Herr Staatssekretär dem Reichstage nicht mitgetheilt. Daz bei dieser Sachlage die Beschlüsse des Reichstages im Interesse der Sicherung der Entwicklung der elektrischen Industrie wertlos sind, haben auch solche Mitglieder, indirect wenigstens, anerkannt, die den freisinnigen Anträgen zuzustimmen sich nicht entschließen konnten. Sie glaubten aber sich mit der Ausicht auf das zweite, dem Bundesrat sich Jahresfrist vorliegende Gesetz über die elektrischen Anlagen trostlos zu können. Schien doch nachträglich auch Staatssekretär v. Stephan den Erlaß dieses Gesetzes für dringlich zu halten.

Selbstverständlich ist die Vertröstung auf das zweite Gesetz völlig eitel. Wenn der Reichstag das Telegraphengesetz, wie es jetzt lautet, auch in der dritten Lestung annimmt, so hat der Gesetzentwurf über die elektrischen Anlagen für die Postverwaltung jeden Werth verloren; im festen Besitz aller Rechte, die sie beansprucht, wird sie der Regelung der Boraussetzungen, unter denen elektrische Anlagen im übrigen errichtet werden dürfen, ruhig zusehen können. Will der Reichstag im Interesse der Städte und der elektrischen Industrie Bedingungen stellen, so muß er diese bei der Billigung des Monopols formuliren oder die Beschlusssatzung über das Monopolgesetz bis zur Erledigung auch des Gesetzentwurfs über die elektrischen Anlagen ausschließen. Entweder — oder.

### Die gestrigen Reichstagsverhandlungen.

Unter dem Beifall der Rechten hat gestern der Reichskanzler im Reichstage die von Freisinnigen, Nationalliberalen und Volksparteiern eingeführte Resolution betreffend internationale Verhandlungen über die Sicherung des Privat-eigentums zur See in Kriegszeiten mit der bündigen Erklärung zurückgewiesen, daß er sich von solchen Verhandlungen keinen Nutzen verspreche. An Offenheit ließ diese Erklärung nichts zu wünschen übrig, aber nach der Haltung, welche Preußen und das Reich bisher in dieser Frage eingenommen haben, hat die Caprivi'sche Rede vielfach überragt. In Fragen des Völkerrechts gilt vor allem der Satz, daß der Baum nicht auf den ersten Streich fällt und daß entscheidende Fortschritte einer langen und sorgfältigen Vorarbeit bedürfen. Die Sachlage würde doch zum mindesten in einem künftigen Seekriege nicht schlimmer sein, als sie bisher schon war, wenn das deutsche Reich seine Weltstellung auszunutzen versucht hätte, um dem „alten Postulat der Kaufleute und humanen Herzen“ eine internationale Anerkennung zu verschaffen. Auch die Vereinbarung, daß im Kriege die Pflege der Verwundeten, die Lazarethe u. s. w. unter dem Schutze der Neutralität stehen, ist bekanntlich nicht von heute auf morgen erzielt worden; wenn man damals nach der Taktik des Grafen Caprivi verfahren hätte, wäre das rothe Kreuz wahrscheinlich heute noch nicht gegen Kriegsgefahren sichergestellt.

Unter diesen Umständen hätte es doch zum mindesten nichts geschadet, wenn Graf Caprivi etwas weniger offenkundig gewesen wäre. Bleiben die Verhandlungen erfolglos, so hätte sich die Lage nicht zu unseren Ungunsten verändert; Deutschland hätte für einen humanen Gedanken seine moralische Autorität eingeholt, und das ist unter Umständen auch schon etwas. Die heutige Rede Caprivi wird uns von dem Ziel, dessen Berechtigung auch er nicht in Abrede stellt, möglicherweise noch weiter entfernen, als das schon jetzt der Fall ist. Die Rede des Reichskanzlers läuft im Grunde darauf hinaus, die Sicherheit des Privateigentums im Seekriege dauernd in Frage zu stellen, denn in dem zweiten Theile der Rede sieht er klar und deutlich aus einander, daß die Neutralität der Handelsfische nicht wünschenswert sei, weil durch die Anerkennung derselben die Geestaaten verhindert würden, die Kaufmannschaft zu Kriegszwecken, d. h. zur Kaperei zu benutzen. Man würde begreifen, wenn Großmächte, die durch ihre Flotten die Meere beherrschen, die Zuluthung ablehnten, auf die Schädigung des Seehandels des Gegners durch Kaperfische zu verzichten, aber für Deutschland liegt — und voraussichtlich doch noch für Decennien — die Sache so, daß die Kriegsschiffe auch nicht entfernt ausreichen, den Seehandel in Kriegszeiten zu schützen, selbst wenn wir ein Dutzend große Dampfer unter der Kriegsflagge zur Schädigung des gegnerischen Handels verwenden. Deutschland würde von einer Vereinbarung, wie solche die Resolution ins Auge sah, ganz unzweckhaft größeren Vorteil haben, als z. B. Frankreich, und deshalb kann man nur bedauern, daß der Reichskanzler, der sich auffallender Weise einer spitzen Bemerkung gegen die liberalen Antragsteller und einer spöttischen Glosse über das humane Postulat der Kaufleute nicht enthalten konnte, es nicht vorgezogen hat, ein nahezu einstimmiges Votum des Reichstags zu Gunsten der Freiheit des Privat-eigentums zur See herbeizuführen. Er hätte eine solche Anerkennung des Reichstags so billig haben können. Militärische Offenheit ist ja ganz lobenswert; aber der deutsche Reichskanzler ist doch nicht in erster Linie Militär.

Der zweite Theil der Verhandlung, die Erhöhung der geheimen Ausgaben im Etat des Auswärtigen Amts auf eine halbe Million, verließ ohne jede Überraschung. Daz die Mitglieder der freisinnigen Partei in dieser Frage nicht geschlossen stimmen würden, wär schon aus den Verhandlungen in der Budgetcommission bekannt. Wenn, wie die

Erklärung des Grafen Ballerstrem anzudeuten scheint, das Centrum einem Gesetz über den Welfensonds nur zustimmt, wenn die Regelung „nach den ewigen Regeln der Gerechtigkeit“ erfolgt, so weiß man ja, daß es im Abgeordnetenhaus auch eine Mehrheit ohne und gegen das Centrum gibt. In demselben Sinne, wie Graf Ballerstrem sprach der welfische Abgeordnete v. d. Decken, dessen Rede freilich von Anfang bis zu Ende ein Kampf gegen den Präsidenten war, der — und zwar mit Recht — eine Kritik der Vorgänge, welche zu der Bildung des Welfensonds geführt haben, nicht zulassen wollte, da diese Debatte in das Abgeordnetenhaus gehörte.

### Ueber die „Aufgabe der Parlamentarier in der Friedensfrage“

veröffentlicht der bekannte italienische Deputirte Marquis Pandolfi in der von Baronin Bertha v. Guttmann unter dem Titel „Die Waffen nieder!“ herausgegebenen „Monatschrift zur Förderung der Friedens-Idee“ einen sehr bemerkenswerthen Aufsatz, dessen Ausführungen wir folgendes entnehmen:

Der Ausgangspunkt für uns Abgeordnete — ich meine diejenigen unter uns, die sich den Prinzipien des Friedens und der Schiedsgerichte angeschlossen haben — kann und darf kein anderer sein, als Europa mit seinen unabhängigen Staaten und den meisten politischen Institutionen; und das Edelste, Erhabenste, was wir nur erträumen können, gipfelt darin, daß die europäischen Staaten — unter vollster Wahrung ihrer Unabhängigkeit und ihrer politischen Institutionen — für alle Zeiten Freunde und Verbündete werden.

Ob die vereinigten Staaten Europas wünschenswerthen oder nicht, ob ihr Bestand möglich ist oder nicht, das ist eine Frage, welche wir zur freien Discussion den Gelehrten und Philosophen überlassen wollen. Aber wir in unserer Eigenschaft als Politiker und Praktiker, wir müssen unsere Tätigkeit darauf richten, die internationalen Beziehungen zu mildern und den Ausbruch der Leidenschaften, den Appell an das Recht der Gewalt zu verhindern.

Kraft unserer Stellung zwischen Volk und Regierung glauben wir, daß es nicht schwer siele, zu Vermittlern zwischen Völkern und Völkern, zwischen Regierungen und Regierungen zu werden, und wir sind der Meinung, daß dieses Werk, das ganz den Grundsätzen der Constitution und der Humanität entspricht, auch ein hervorragend patriotisches Werk wäre.

Wir müssen aber auch jede ungeduldige Hast in der Verwirklichung dieses Vorhabens als unverzeihlichen Fehler bezeichnen, und das ist der Grund, aus welchem wir uns unter einander verabredet hatten, bei Gelegenheit der interparlamentarischen Conferenz keine Discussion auf die Nebenbühne zu bringen, die unsere philosophischen Glaubensbekennnisse und unsere politischen Ideale verleihen könnte; sondern uns darauf zu beschränken, in klarer und ernster Weise alle jene Punkte zur Sprache zu bringen, bezüglich derer unsere Anstrengungen und Wünsche zusammenfressen.

Man behauptet, Wollen sei nicht immer können, für solche Leute wenigstens, welche den allgemeinen Frieden predigen; aber eine internationale Gerechtigkeit wünschen, bedeutet für uns Senatoren und Deputirte können, denn wir sind es, die durch die Abstimmung unserer Landesgesetze machen, wir sind es, welche die Regierungen stürzen und bilden, wir sind es, welche die herrschenden Institutionen abändern und sie den Anforderungen der Zeit und des Ortes gemäß einrichten.

Die Regierungen können soweit kein ernstliches Hindernis für uns sein, denn die Regierungen sind wir selbst, sobald wir zur Majorität geworden.

Auch die Institutionen können kein Hemmniss sein, nicht allein des Einflusses wegen, den wir besitzen, um sie abzuändern, sondern hauptsächlich der Natur ihrerseits, welche in den liberalen Monarchien und den Republiken die Souveränität vorstellen. Um den Monarchien und den Republiken eine größere Beständigkeit zu gewährleisten, um ihnen die Zeit zu geben, sich den unvermeidlichen Veränderungen anzupassen, ist der internationale Friede eine nothwendige, unerlässliche Bedingung.

Wenn man bedenkt, welche ungeheuren Fortschritte die internationale Friedensbewegung in den letzten fünf Jahren gemacht hat — wie lange ist es her, daß diese Bestrebungen in Deutschland fast allgemein verachtet wurden? — so wird man der Hoffnung Raum geben dürfen, daß auch diejenigen Kreise, welche sich der Bewegung jetzt noch grundschließlich fern halten, derselben bald gleichfalls die gebührende Aufmerksamkeit schenken werden.

### Herr v. Bennigsen.

Die „Hannover. Post“ deutet an, daß Herr v. Bennigsen demnächst von seinem Amt zurücktreten werde. Das conservativ - antisemitische Blatt schreibt:

„Schon Anfang Februar wurde in der Generalversammlung des conservativen Vereins die Ansicht verhängt, daß ein Parteiführer, welcher ein Zusammensein mit den Freisinnigen proclamirt hatte, wohl nicht länger königlicher Beamter bleiben könne. Die Entscheidung hat sich verzögert, soll aber jetzt nahe bevorstehen. Als Nachfolger wird ein Mann bezeichnet, welcher nicht nur in der Provinz Hannover sich der allgemeinsten Anerkennung erfreut. Im Interesse der Provinz wollen wir wünschen, daß dieser Mann an die Spitze der Verwaltung gestellt wird.“

Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob hier nicht der Wunsch Vater des Gedankens gewesen ist. Man wird sich erinnern, daß im Anfang des letzten Jahrhunderts der Abgeordnete v. d. Decken, der sich in den Kämpfen der ersten Lestung des Volksschulgesetzes das Gerücht von dem Rücktritte Bennigsen aufgetaucht war. Bald darauf hielt es, er habe, nachdem der Kaiser auf dem parlamentarischen Diner bei Caprivi mit ihm eine lange Unterredung gehabt, die Absicht, zurückzutreten, aufgegeben. Sollte schon jetzt in der Sache eine Wendung eingetreten sein? Wohl kaum.

### Die Betriebsunfälle.

Wie wir schon mehrfach hervorgehoben haben, hat sich in der Zahl der in den Betrieben vor kommenden Unfälle während der letzten Jahre, namentlich was die leichteren Unfälle betrifft, eine erhebliche Steigerung gezeigt, mit welcher die Zu-

nahme der beschäftigt gewesenen Personen nicht gleichen Schritt hält. Das Reichs-Versicherungsamt hat dieser Erscheinung für das Jahr 1890 besonders Aufmerksamkeit gewidmet und im Verein mit den Landes-Versicherungsämtern die Berufsgenossenschaften zu getäglichen Außerungen über die Ursachen derselben aufgefordert. Diese Gutachten liegen nunmehr vor. Von den gewerblichen Berufsgenossenschaften bezeichnet die überwiegende Mehrzahl als die hauptsächlichsten Gründe für die Zunahme der Unfälle einmal die im Jahre 1890 wesentlich verschärften Controle über die Anmeldung der Betriebsunfälle, sodann die angespannte Thätigkeit der Industrie während des Jahres 1890, sowie die dadurch vielfach herbeigeführte Einstellung von nicht genügend angelernten und geübten Arbeitern, drittens die mehr und mehr in alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung eingedrungene Vertrautheit mit den Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetzgebung, welche naturgemäß zu einer häufigeren Verfolgung von Entschädigungsansprüchen, insbesondere auch bei leichten Verletzungen, geführt habe und schließlich die durch die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes und der Schiedsgerichte gewohnte wohlwollende Auslegung des Begriffs „Betriebsunfall“, welche erst in den letzten Jahren in die Praxis der Genossenschaftsorgane in vollem Maße Eingang gefunden und zur Anerkennung einer erhöhten Zahl von Entschädigungsansprüchen und auch hier gerade für die leichteren Unfälle beigetragen habe. Außer diesen hauptsächlichsten Ursachen werden von einzelnen Berufsgenossenschaften noch andere geltend gemacht. So wird von einigen Seiten das vielfach hervortretende Bestreben verletzter Arbeiter betont, anderweitig erworbene oder schon früher vorhandene gesetzliche Krankheiten, wie Lungentuberkulose etc., auf einen Betriebsunfall zurückzuführen. Auch wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß das wachsende Gefühl der Sicherheit, das den Arbeitern aus der Aussicht auf eventuelle Entschädigung erwächst, sie hin und wieder zur Außerachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften und zu einer gewissen Nachlässigkeit bei dem Gebrauch der Schutzvorrichtungen zu verleiten scheine. Ferner wird die zunehmende Vermehrung der Unfälle in den großen Industriencentren theils auf die Gelegenheit zu häufiger Arbeitswechsel, theils auf die Frische und Besonnenheit der Arbeiter beschränkende großstädtische Lebensweise zurückgeführt. Auch sollen die hier häufiger ausbrechenden Strikes einen leicht erklärbaren ungünstigen Einfluß auf die Vermehrung der Unfälle ausüben. Ganz vereinzelt wird über Simulation von Arbeitern Klage geführt. Als ein beachtenswertes Moment wird ferner die im Bereich einiger Berufsgenossenschaften beobachtete, immer mehr zunehmende Beringerung der Handarbeit durch den gefahrvolleren Maschinenbetrieb hervorgehoben. So namentlich von der Eis-Berufsgenossenschaft. Eine Reihe von Berufsgenossenschaften weist darauf hin, daß die Vorbildung und Zucht des Arbeiternachwuchses bei der immer mehr zunehmenden Arbeitsteilung und nach Aufhebung der alten bewährten Dreifheit: Meister, Geselle, Lehrling, sehr im Auge liegen und daß durch die in Folge dessen gebotene Einstellung von mehr und mehr unerfahrenen und unausgebildeten jungen Arbeitern das Gefahrenrisiko in letzter Zeit bedeutend vermehrt worden sei. Über die starke Zunahme der technisch nicht vorgebildeten Arbeiter klagen in diesem Zusammenhang auch die Vorstände der Baugewerbe-Berufsgenossenschaften.

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben noch keine umfassende Erfahrung auf diesem Gebiete, doch bestätigen sie gleichfalls, daß die größere Vertrautheit mit den Bestimmungen der Unfallgesetzgebung, die verschärfte Controle über die Anmeldung der Unfälle, die Sprachübung des Reichs-Versicherungsamtes und der Schiedsgerichte als Gründe der Vermehrung der Unfälle gelten. Da für das Jahr 1891 dieselbe Erscheinung wie für 1890 zu erwarten steht, so hat das Reichs-Versicherungsamt die Berufsgenossenschaften aufgefordert, bei den Rechnungsergebnissen für das leichtverloste Jahr diesen Umständen mittels begleitender Ausführungen besondere Würdigung zu schenken.

### Adresse des ungarischen Abgeordnetenhauses.

Der Adressausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses hat gestern mit Beifall den jetzt ausgearbeiteten Entwurf zur Kennzeichnung genommen. Der Entwurf betont den festen Entschluß der Abgeordneten, an den Schätzungen des Ausgleiches von 1867 unverändert festzuhalten, und verspricht die bereitwillige Mitwirkung des Hauses an den in der Thronrede aufgezählten Reformarbeiten. Ein möglichst baldiges Einführen der Vorlage über die Valutaregelung entspricht dem allgemeinen Wunsche. Der Adressentwurf hofft ferner auf eine befriedigende Lösung der Verwaltungsreform betreffenden Fragen. Das Haus werde alles aufstellen, um das gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche aufrecht zu erhalten. Die Thronrede gebe die freudige Sicherung, daß Ungarn auch fernerhin die Segnungen des Friedens genießen werde. Das Haus sei bereit, die Regierung zu unterstützen.

### Das neue französische Cabinet.

Die Mehrzahl der Pariser Blätter weist auf die disparate Zusammensetzung der vorigestrichen Majorität in der Kammer hin, welche wenig Dauer verbürgt,

ihre definitives Vertrauen nur der Regierung bewilligen, welcher die Boulangisten ihr Vertrauen systematisch verweigern. Die „Justice“ nennt die vorgebrachte Abstimmung eine Abdication der Kammer, welche dadurch proclamirt habe, daß sie nicht wisse, weshalb sie das frühere Cabinet gefürst habe. Die „Lanterne“ bemerkt, man habe nicht für das Cabinet gestimmt, sondern gegen die Ministerkrise, vielleicht gegen eine Präsidentenkrise, vielleicht vor allem gegen Constant. Die monarchistischen Organe sind von einer baldigen Terschung des Cabinets überzeugt.

In diplomatischen Kreisen wird ferner sehr bemerkt, daß die Erklärung der Regierung in keiner Weise der äußeren Politik gedachte, um so mehr, als feststeht, daß der erste Entwurf einen solchen Passus enthielt. Die Pariser Presse schenkt diesem Mangel keinerlei Beachtung. Von anderer Seite wird unter Hinweis auf die von den Radicalen anlässlich der Cabinetskrise wiederholt geäußerte energische Dernahrung gegen fremde Einstufnahme vermutet, daß die Regierung durch Weglassung des äußeren Passus die Erwähnung der Allianzen vermeiden und eine etwaige unangenehme Discussion derselben hintanhalten wollte.

### Die italienischen Finanzen.

Die Budgetcommission der italienischen Deputirtenkammer hat ihren Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Ausgabe von Schatzbons mit langer Zurückzahlungsfrist gestern veröffentlicht. Der Gesetzentwurf, welcher in Übereinstimmung mit dem Finanzminister festgestellt wurde, soll für eine zeitweise Tilgung der Schatzschuld sorgen. Die Regierung wird in dem Entwurf ermächtigt, sich für die Finanzabströmung in den Budgetjahren 1891/92, 1892/93, 1893/94 einen Betrag bis zur Höhe von 200 Mill. Lires mittels Ausgabe von Schatzbons auf lange Sicht, welche ausschließlich im Inlande zu begeben sind, zu verschaffen. Die Budgetcommission schlägt vor, der Genehmigung des Gesetzentwurfs durch das Parlament die Annahme einer Tagesordnung vorzugehen zu lassen, worin die Kammer das Ministerium auffordert, angemessene Vorschläge zu machen zur Verhinderung eines Anwachsens des Schatzdefizits über denjenigen Betrag hinaus, welcher sich eventuell aus Finanzergebnissen des Budgetjahrs 1891/92 herleitet.

Der richtiggestellte Bericht der allgemeinen Budgetcommission über das Abrechnungsbudget 1891/92 erkennt an, daß bedeutende Ersparnisse bewerkstelligt sind. Die voraussichtlichen Einnahmen pro 1891/92 müssen um 15½ Millionen niedriger veranschlagt werden. Das Gesamtdefizit wird auf 19 993 000 Lire beziffert, wovon 11 158 000 Lire auf effective Einnahmen und Ausgaben und 8 835 000 Lire auf die Bewegung von Kapitalien entfallen.

### Tolstoi Internirung.

Wie schon kurz gemeldet, soll Graf Leo Tolstoi in Folge seines bekannten, kürzlich im „Daily Telegraph“ veröffentlichten Schreibens auf Befehl des Ministeriums des Innern auf seinem Gute „Jasnaja Poljana“ internirt worden sein. Die Gemahlin des berühmten Schriftstellers soll in der russischen Hauptstadt eingetroffen sein, um die Regierung zur Widerrufung dieser Maßregel zu bewegen. Sie soll den entscheidenden Persönlichkeiten gegenüber insbesondere den Umstand hervorgehoben haben, daß der Brief des Grafen Tolstoi keineswegs zur Veröffentlichung bestimmt war, sondern den Charakter eines Privatschreibens an den Herausgeber des genannten Londoner Blattes getragen habe. Die Publicirung sei daher unberechtigter Weise erfolgt. In den Kreisen der Petersburger Gesellschaft, deren Mehrheit eine Maßregelung des außerordentlich populären Philanthropen gerade jetzt für höchst unwahrscheinlich erachtet hatte, neigt nun sich zu der Annahme, daß die Bemühungen der Gräfin Tolstoi von Erfolg gekrönt sein werden. Manche meinen dagegen, daß die Regierung, welche die ganze literarische Thätigkeit und die Propaganda des Grafen Tolstoi mit Mißvergnügen beobachtet, nunmehr, wo sie sich bei einem geeigneten Anlaß zum Einschreiten gegen ihn entschlossen hat, sich kaum bestimmen lassen werde, die Internirung des ihr gefährlich erscheinenden Mannes aufzuheben.

### Die spanischen Befestigungen in Marokko.

Wie man aus Madrid berichtet, haben die letzten Unruhen in der Umgebung von Tanger die spanische Regierung veranlaßt, den spanischen Befestigungen an der marokkanischen Küste sowohl mit Bezug auf das Vertheidigungsmaterial als betreifs der Erleichterung des Verkehrs zwischen diesen Befestigungen und der spanischen Hauptstadt erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Von Cadiz aus ist kürzlich ein Dampfer mit einem Transport von Artillerie-Material nach Ceuta abgegangen. An letzterem Punkte wird auf Befehl der Kriegsverwaltung eine Brieftaubenstation errichtet, welche mit den gleichen Stationen in Tarifa und Madrid correspondiren soll.

### Die Lage in Griechenland.

Die Journale in Athen veröffentlichten zahlreiche Telegramme aus den Provinzen, welche Befriedigung über die Maßnahmen des Königs ausdrücken. Wiederholte Conferenzen der Delphianischen Majorität über die von der Partei einzunehmende Haltung blieben bisher resultlos.

### Der Emir von Afghanistan

hat in Privatbriefen die Absicht ausgesprochen, England im Laufe des jetzigen Jahres zu besuchen, erwartet nur noch auf eine Einladung von der englischen Regierung, wird diese indeß voraussichtlich nicht bekommen, wohl aber die Zuführung eines herzlichen Empfangs erhalten. Abdurrahman Khan würde im Falle seines Aommens eine Hauptattraktion der „Gaiety“ bilden.

### Reichstag.

#### 187. Sitzung vom 4. März.

Zweite Berathung des Staats des Auswärtigen Amtes. Beim Gehalt des Staatssekretärs kommt auch die von den Abgg. Barth und Gen. beantragte Resolution zur Verhandlung: „Den Reichskanzler zu erlauben, zu veranlassen, daß bei dem gegenwärtigen Friedlichen Einvernehmen mit den fremden Mächten Verhandlungen eingeleitet werden, welche zum Zweck haben, durch Überbrückung von Staat zu Staat die Freiheit des Privateigentums zur See in Kriegszeiten zu einem vertragsmäßig anerkannten Grundsatz des Völkerrechts zu erheben.“

Abg. Baumbach: Schon in der Discussion des Marinenfests wurde die Frage gestreift, welche unsere Resolution behandelt, nämlich, wie wichtig es sei, einen internationalen Schutz des Privateigentums zur See herbeizuführen. Der eigentliche Zweck der Kreuzerkorvetten sollte sein, den inländischen Handel nach

Ausbruch eines Krieges zu schützen und dem ausländischen möglichst viel Schaden zuzufügen. Derselbe Zweck war auch bereits in der Denkschrift zu dem Budget für 1889/90 ausgesprochen, in welcher nicht weniger als sieben solcher Kreuzerschiffe verlangt wurden. Der Beitrag für ein solches Schiff beziffert sich auf 6 700 000 Mk. und obwohl vier derselben etwas kleiner ausgeführt werden sollen, so bleibt doch die erforderliche Gesamtkosten von rund 47 Mill. Mk. dieselbe. In der Denkschrift wurde auch auf die enormen Ausgaben hingewiesen, welche andere Staaten zu gleichem Zweck gemacht haben. So habe England neben 10 Kreuzerkorvetten 22 teilweise geschüttete Kreuzer, Frankreich 19, Italien 4, Spanien und Nordamerika je 11. Russland 4. Warum diese enormen Auswendungen? Hauptfachlich darum, weil der Grundzahlsatz des Völkerrechts, daß das Privateigentum des friedlichen Bürgers von der kriegerhaften Macht respektiert wird, im See-Krieg noch nicht zur Geltung gekommen ist. In jenem Grundsatz liegt ein eminenter Cultusfortschritt. Früher galt die Plünderei als ein gutes Recht im Kriege, aus dem dreißigjährigen Kriege wird uns eine Ansprache des Grafen Mansfeld an seine Soldaten berichtet: Kinder bei Todesstrafe ist euch verboten, zweierlei wegzunehmen; glühendes Eisen und Mühlsteine, alles Andere kann Ihr Euch aneignen. Im Seekrieg liegt die Sache noch ähnlich, während durch das Militär-Strafgesetzbuch und die Kriegsartikel die Plünderei im Landkrieg unter Umständen mit Todesstrafe bestraft wird. Es ist freilich nicht thunlich, ohne weiteres unsererseits mit den gleichen Bestimmungen für den Seekrieg vorzugehen; aber das Deutsche Reich sollte auf diesem hochwichtigen Gebiete die Initiative ergreifen und dahin hinwirken, daß auch im Seekrieg jener völkerrechtliche Grundsatz Rechtes werde. Durch die Pariser Convention von 1856 ist die Privatkaperrei wenigstens in Ansehung einer größeren Anzahl von Staaten bestigt, die preußische Regierung hat sich an dieser Convention beteiligt, vom Deutschen Reich ist mir nicht bekannt, daß es sich derselben inzwischen angeschlossen hat. Angenommen, das Deutsche Reich sei durch die Unterzeichnung Preußens in jene Convention involviert, so haben sich doch nicht alle Staaten daran beteiligt. Immerhin bedeutet die Convention einen wichtigen Fortschritt auf dem Gebiete des internationalen Seerechts; denn es ist in Folge dessen heute der Satz Rechtes: „frei Schiff, frei Gut“, während man früher zu sagen pflegte: „frei Schiff, unfrei Gut“. Die Flagge deckt heute die Ladung. Auch Spanien hat sich an der Pariser Convention nicht beteiligt. Dieser Umstand hätte möglicherweise verhängnisvoll werden können in Folge des Karolinenstreites, welcher durch einen Schiedsspruch des Papstes beigelegt wurde. Das ist zugleich für uns, die wir möglichst durch völkerrechtliche Abmachungen Kriege zu sehen wünschen, ein interessantes Beispiel. Man pflegt leicht über Diejenigen etwas absäßig zu urtheilen, die die Kriege durch internationale Entscheidung seltener gemacht haben wollen. Die Theilnehmer an dem römischen interparlamentarischen Kongreß sind vielfach in der Presse und auch in einer Rede des Reichskanzlers mit keinem Hohn bedacht worden. Wir sind nicht solche phantastische, romantische Leute, daß wir glauben, es wäre möglich gewesen, auf der römischen Konferenz den ewigen Frieden einfach zu proclaimieren; aber es ist doch nützlich, wenn wir der interparlamentarischen Lösung der Frage vorarbeiten. Die historische Thatsache läßt sich nicht bestreiten, daß es im Laufe dieses Jahrhunderts möglich war, eine Reihe wichtiger Fragen im Wege internationaler Schiedsgerichte zu lösen. Auch die Vereinigten Staaten haben sich jener Convention wegen Abschaffung der Privatkaperrei nicht angeschlossen. Die Vereinigten Staaten haben bekanntlich ihre Nichtteilnahme an der Pariser Convention schwer gehabt. Der Reichskanzler hat mit Recht in diesen Tagen auf die Alabamafrage exemplifiziert. Es handelt sich in diesem Streit nicht um ein Kreuzerschiff, sondern, soweit ich mich erinnere, um drei solcher Schiffe, welche in englischem Hafen gegen die Schüsse der Neutralität ausgerüstet waren und der Union den empfindlichsten Schaden gezeigt haben. Das internationale Schiedsgericht, welches in Genf tagte, verurtheilte bekanntlich England, der Union eine Abfindungsumme von 15½ Mill. Doll. zu zahlen. Nordamerika war nicht im Prinzip gegen die Abschaffung der Kaperei, ihm ging vielmehr die Pariser Convention nicht weit genug. Nordamerika hatte vorgeschlagen, daß das Privatvermögen der Bürger der kriegsführenden Theile auf See frei von jeder Wegnahme seitens der feindlichen Schiffe sein sollte. England mit seinem ausgebreiteten Handel ist vor allem nicht dazu im Stande, überall denselben durch Kriegsschiffe zu schützen. In England werden wir also auf keinen entchiedenen Widerstand stoßen, wenn wir diese Materie mit ihm regeln wollen. Wenn der Reichskanzler unserer Resolution Folge giebt, so wird er sich lediglich auf dem Boden der traditionellen preußischen Politik bewegen. Schon 1785 schloß Friedrich d. Gr. ein ähnliches Abkommen mit Frankreich, 1792 folgten die deutschen Hansestädte. Im Jahre 1866 verzichtete Preußen ausdrücklich auf die Wegnahme von Privatvermögen auf hoher See. Im Jahre 1870 wurde derselbe Grundsatz proclamirt. Leider wurde von Frankreich die Reciprocity nicht gewahrt, und die betreffende Verordnung wurde 1871 wieder zurückgezogen. Im norddeutschen Reichstage wurde 1888 derselbe Antrag, damals gestellt von dem freiconservativen Abgeordneten Aegidi, beinahe einstimmig angenommen, den wir heute verhandeln. Der damalige Minister Delbrück erklärte sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden. Heute liegen die Verhältnisse für die Durchführung unseres Antrages noch viel günstiger. Wir haben eine ausgeprobte Friedenspolitik nach den feierlichen Versicherungen unseres Reichsoberhauptes, und auch der Dreibund bewegt sich auf der Grundlage friedlicher Befreiungen. Es handelt sich hier durchaus nicht etwa bloß um einen deutsch-freisinnigen Parteiantrag, sondern unsre nationalliberalen Geschwister (Heiterkeit), oder, wenn Sie wollen, Freunde, treten auch für denselben ein, wie sie früher für diese Befreiungen eingetreten sind. Der Herr Reichskanzler braucht also nicht vor einer etwaigen freisinnigen Unheimlichkeit zurückzuschrecken. Es handelt sich nicht darum, daß der Handel und die Industrie des deutschen Reiches gefährdet werden müßten, sondern auch um ein Problem, an dessen Lösung nicht bloß das deutsche Reich, sondern die gesamte civilisierte Welt gleiche. 1870 fingen wir ebenfalls damit an, aber unsere Gegner kehrten sich nicht daran. Ich habe nicht die Meinung, daß auf diesem Gebiete Fortschritte gemacht werden sind. 1882 wurde auf einem Congress der Schule des Privateigentums nur mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. Es ist eine eigenhümliche Erscheinung, daß die Deutschen immer in ersten Linien stehen auf Seiten der humanen Tendenzen, während die Vertreter der anderen Staaten nach der andern Seite neigen. In der That haben die Veränderungen des Handels und die Veränderung der Mittel in der Seekriegsführung die Sache geändert zu Ungunsten des Schutzes des Privateigentums zur See. Gesetzgebungen entscheiden sehr selten über das Schicksal der Staaten, sondern erst die Folgen der Gesetzgebungen sind entscheidend. Nach einer Gesetzgebung ist ein größerer oder geringerer Verlust an Schiffen eingetreten; die Neigung, Frieden zu schließen, wird nicht verstärkt durch eine Gesetzgebung, sondern entscheidend ist die Schädigung des Handels und die Bedämpfung des Gegners durch das Landheer; wo die Länder

nicht benachbart sind, ist aber mit dem Landheer nichts zu machen. Da wird man den Handel durch die Flotte bedrängen müssen. Es kann also die Verstärkung des feindlichen Handels ein ungünstiges Mittel bleiben. Mächte, die mit einem Seekrieg rechnen müssen, werden nicht geneigt sein, auf die Verstärkung des feindlichen Handels zu verzichten. Es handelt sich nicht bloß um das Gut, sondern um das Schiff. Ein Staat kann das Interesse haben, zum Seekrieg zu greifen, ohne daß er auf Deute ausgeht. Mit der Rüstungsbildung fängt die Sache gewöhnlich an. Wenn ein Schiff die Blokade durchbricht, wird es weggenommen. Das ist dasselbe, als wenn für eine eingeschlossene Festung ein Eisenbahntug, mit Getreide beladen, ausgerüstet würde; dieser würde ebenfalls weggenommen werden. Daß die Kreuzer einen großen Schaden anrichten können, hat der Handel von Nordamerika erfahren. Ich möchte also vor einer Unterschätzung des Seekrieges warnen. Heute fahren auf allen Ozeanen große Schiffe mit großer Schnelligkeit, die man für Kriegszwecke brauchen kann. Man kann sie gebrauchen als Kreuzer zu Reconnoisungen, zu Truppentransporten u. s. w. Solche Schiffe gab es früher nicht. Die Schiffe der Handelsmarine übertrifft in der Schnelligkeit die der Kriegsmarine. Die Mehrzahl der großen Seestaaten rechnet nun mit der Möglichkeit, solche Schiffe der Handelsmarine im Kriegsfall dienbar zu machen. In England führt die Marine die sogenannte Admiraltätsliste. Die Privatschiffe streben danach, in diese Liste eingetragen zu werden, was ein gewisses Renommé gibt. So wird im Frieden für den Krieg vorbereitet. Diese Schiffe bleiben Privatschiffe, bis sie eine andere Flagge aufschiffen. Der Gegner wird aber die Schiffe nicht so lange schwimmen lassen; er wird sich in ihren Besitz zu setzen suchen, ehe sie für Kriegszwecke in Anspruch genommen werden. Ich folgere daraus, daß es für die verbündeten Regierungen nutzlos sein würde, angefeindete Sachlage mit anderen Regierungen in Verhandlungen einzutreten. (Beifall rechts.)

Abg. Hartmann (cons.): Nach den Erklärungen des Reichskanzlers ist der Antrag unannehmbar. Eine bloße Demonstration a la Rom sei des Reichstages unwürdig.

Abg. Jebsen (nat.-lib.): glaubt, daß alle Schwierigkeiten durch internationale Abmachungen leicht beendet werden könnten, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre.

Abg. v. Bar (freil.): Als Mitglied des Instituts für internationales Recht kenne ich die Verhandlungen derselben und kann mittheilen, daß der Widerstand gegen den Schutz des Privateigentums hauptsächlich von englischer Seite ausgeht. Ob England aber jetzt noch abgesehen sein würde, dürfte bei der großen Ausdehnung seiner Handelsmarine zweifelhaft sein.

Abg. Dörster (Centr.): Auch wir erkennen die humane Tendenz des Antrages an. Aber nach den Ausführungen des Reichskanzlers halte ich es für das Beste, wenn der Antrag zurückgezogen würde. Der größte Theil meiner Freunde wird jedenfalls zur Zeit nicht in der Lage sein, den Antrag anzunehmen.

Abg. Barth (freil.): 1868 hat man die Annahme des Antrages nicht für eine leere Demonstration gehalten, sondern die Regierung hat damals selbst durch den Minister Delbrück ihre Sympathie für den Antrag ausgesprochen lassen. Man kann damals unter dem Eindruck des Alabamastreites, dessen Erörterung auch in England die Überzeugung geschaffen hat, daß ein solcher Kaperkrieg nicht angemessen ist. Dem Reichskanzler werden wir freilich diese Überzeugung nicht beibringen können. Durch die Erklärung des Reichskanzlers ist heut eine Sachlage geschaffen, daß eine Reihe von Abgeordneten, die unserm Antrage günstig sind, für denselben nicht stimmen wollen. Das Ergebnis einer Abstimmung über den Antrag würde also jetzt nicht der Ansicht des Reichstages entsprechen, und da bereits im Nord. Reichstag einmal eine günstige Ausserung der Volksvertretung über den Antrag ergriffen wurde, halten wir es für zweckmäßiger, unter diesen Umständen es jetzt auf eine Abstimmung nicht ankommen zu lassen. Wir wollen also unter dem Vorbehalt, daß wir auf den Antrag in einer günstigeren Zeit zurückkommen, ihm jetzt zurückziehen.

Abg. Baumbach erklärt sich namens der übrigen Mittrichter mit der Zurückziehung einverstanden. Unter den allgemeinen Fonds sind 500 000 Mk. (bisher nur 48 000 Mk.) zu geheimen Ausgaben angesetzt.

Abg. Ritter: Materiell sind wir in dieser Frage einig, wir haben die geheimen Fonds für das Auswärtige Amt, im Militäramt und im Marineamt niemals beanstandet, weil wir anerkennen mußten, daß jede Regierung solche Fonds haben muß. Es handelt sich hier lediglich um eine graduelle Verschiedenheit, um die Höhe des Betrages. Bisher hat das Auswärtige Amt jährlich aus dem Welfensfonds ungefähr dieselbe Summe bekommen, welche hier gefordert wird. Ich habe bedauert, daß der Reichskanzler im Abgeordnetenhaus am 29. April vorigen Jahres die Frage des Welfensfonds mit dieser Position in Verbindung gebracht hat. Die preußische Regierung ist verpflichtet, die Frage des Welfensfonds zu lösen, gleichviel, was hier im Reiche geschieht. Wenn die Regierung die Notwendigkeit der Erhöhung der geheimen Fonds nachweist, wird sich schwer eine Majorität finden, welche die Erhöhung ablehnt. Der Reichskanzler sagte aber im Abgeordnetenhaus: „Eher können wir auf den Welfensfonds nicht verzichten, als bis uns höhere Summen im Reich zur Verfügung gestellt werden. Wir würden einen Theil unserer Politik zum Stillstand bringen und Folgen herbeiführen, für die wir die Verantwortung nicht übernehmen können, wenn wir nicht, ehe wir das Geld aus dem Welfensfonds aus der Hand geben, in den Besitz eines anderen Fonds gesetzt sind.“ Allerdings stehen in anderen Staaten erheblich größere Summen für geheime Zwecke zur Verfügung, aber der Vergleich mit denselben paßt nicht vollkommen. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes erklärte in der Commission, er könne über den Welfensfonds nichts sagen, da er sein Refort nichts angebe, nur werde nach einem Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten das Auswärtige Amt keinen Pfennig mehr aus dem Welfensfonds erhalten. Für diese Fälle müsse im Reich Fürsorge getroffen werden. Wir haben versucht, noch weitere Auskunft zu erhalten, haben sie aber nicht bekommen. Wir haben nur die Auskunft erhalten, daß das Auswärtige Amt für keinerlei innere Zwecke, auch nicht zur Unterstützung inländischer Organe, für die Ausbildung auswärtige Correspondenzen, Telegraphenbüro u. dgl. irgend welche Unterstützung gezahlt hat. Nach den Mittheilungen des Staatssekretärs müssen wir auch annehmen, daß es in Zukunft ebenso gehalten werden soll. Die Auskunft bezüglich des Welfensfonds ist uns jedoch nicht genügend. Ich möchte daher den Reichskanzler bitten, daß er hier größere Gewissheit und Sicherheit über die zukünftige Gestaltung des Welfensfonds in der Sicht giebt, daß neben diesen 500 000 Mk. in Zukunft aus dem Welfensfonds Beträge zu demselben Zwecke unter keinen Umständen mehr gegeben werden. Ferner möchte ich den Wunsch aussprechen, daß in nächster Zeit dem prußischen Landtag die bereits in der Denkschrift des Reichskanzlers vorgelegte, durch welches bestimmt wird, daß vom 1. April 1892 ab kein Beitrag für irgendwelche politische Zwecke aus dem Welfensfonds hergegeben wird. Fällt die Auskunft bestreitig aus, so trage ich kein Bedenken, diese erhöhte Summe zu bewilligen. Ausßlagegebend ist dabei für mich der Wunsch, daß die Frage des Welfensfonds, dieser Punkt, an dem das ganze preußische Volk seit Jahren einen steten Anstoß genommen hat, endlich in einer den Wünschen der Regierung und des gesamten preußischen Volkes entsprechenden Weise erledigt wird. Sollten wir uns trotz der Zusage der preußischen Regierung darin irren, so würden wir immer im Stande sein, im nächsten Jahre die Summe wieder zu streichen.

Abg. Baumbach: Schon in der Discussion des Marinenfests wurde die Frage gestreift, welche unsere Resolution behandelt, nämlich, wie wichtig es sei, einen internationalen Schutz des Privateigentums zur See herbeizuführen. Der eigentliche Zweck der Kreuzerkorvetten sollte sein, den inländischen Handel nach

Pfennig mehr aus dem Welfensfonds bekommt; 2) daß neben diesen 500 000 Mk. in Zukunft keine Beträge zu demselben Zwecke aus dem Welfensfonds bezahlt werden; daß die preußische Regierung ernstlich damit beschäftigt ist, eine anderweitige gesetzliche Regelung für die Verwaltung des Welfensfonds herbeizuführen. (Beifall.)

Abg. Graf Ballerstrem (Centr.): Wir werden für die Bewilligung stimmen und hoffen, daß über den Welfensfonds nicht nur nach dem Wunsche des Volkes, sondern auch nach den Gesetzen der Gerechtigkeit verfügt werden wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. D. Decken (Welfe) spricht, mehrfach vom Welfensfonds.

Abg. Richter: Die Erklärung des Reichskanzlers hat die Sachlage nicht geändert, er hat eine gleiche Erklärung schon bei der ersten Lesung abgegeben. Wir können gar nicht wissen, ob ein Gesetzentwurf im Landtag zu Stande kommt. Für mich ist eine Sicherheit, daß Gelder aus dem Welfensfonds nicht mehr für politische Zwecke verwendet werden, erst dann gegeben, wenn das betreffende Gesetz publicirt ist. Die Erklärung des Reichskanzlers, daß solche Mittel nicht verwendet werden sollen, bindet nur den jetzigen Reichskanzler, nicht einen Nachfolger. Verwendungen für die Presse sollen nicht stattfinden aus diesem Fonds, aber früher sind geradezu bedenkliche Verwendungen mit diesem Fonds vor gekommen. Wie können überhaupt so hohe Summen im auswärtigen Dienst verwendet werden? Darüber ist uns in der Budgetcommission keine Mitteilung, auch keine vertrauliche gemacht worden. Die Berufung auf andere Staaten ist nicht maßgebend, denn dort sind die politischen Verhältnisse anders. In Preußen hatte das Auswärtige Amt vor dem Welfensfonds solche Mittel nicht zur Verfügung. Wenn die Bewilligung heute ausgesprochen wird, wird die Streichung später sehr schwer sein. Die Bewilligung ist für mich kein Vertrauensvotum, ebenso wenig wie die Ablehnung ein Misstrauensvotum. Deshalb werde ich gegen die Bewilligung stimmen.

Abg. v. Beninghoff (nat.-lib.): Wenn man das Bedürfnis bejaht, dann wird man die Summe bewilligen müssen. Mr. Richter hat nicht nachzuweisen vermocht, daß der Fonds zu hoch gegriffen ist; die in der Budgetcommission angeführten Zahlen bewiesen eher das Gegenteil.

Die

würde sich wie ein Mann erheben, hätte ein Gesetzes zu Stande, wie es die Gegner der Vorlage begehen. Damit aber wäre ein neuer Kulturkampf entfesselt u. s. m. Und auch ein Verzicht auf das Gesetz würde fast genau dieselbe Wirkung haben, wie ein den Gegnern genehmtes Gesetz. Als wenn mit der Annahme der lex Edith nicht ebenfalls ein neuer „Kulturkampf“ entfesselt würde, bei dem die Regierung das ganze gebildete und ausgeklärte Deutschland zum Gegner haben wird! Im übrigen meint Herr Dr. Cremer, es sei gegründete Aussicht vorhanden, daß in einer Schule, in der der Staat auch mit der katholischen Kirche in Frieden sich die Hand reiche, sich dieselbe (d. h. die katholische Kirche) den Luxus versagen werde, den Syllabus gegen die preußische Staatsheit geltend zu machen. Da kennt Herr Cremer die katholische Kirche schlecht. Für diese ist der Syllabus keineswegs ein „Luxus“! Was den evangelischen Oberkirchenrath betrifft, so ist es nach Herrn Cremer vielen unschuldig, daß dieser gerade gegen die Freiheit des Privatunterrichts Einspruch erhoben haben soll.

\* [Die Erwahl in Samter-Birnbaum.] Guten Vernehmen nach haben sich die Polen in letzter Stunde entschlossen, für die bevorstehende Landtagswahl in Samter-Birnbaum auf die Aufführung eines eigenen Kandidaten zu verzichten und für den der Centrumspartei angehörigen Amtsräther Müller in Schwerin zu stimmen. Unter solchen Umständen darf man auf den Ausgang der Wahl sehr gespannt sein. Bekanntlich halten sich in diesem Kreise Deutsche und Polen ziemlich die Waage.

\* [Wegen der Ahlwardtschen Druckschrift „Jüdische Taktik“] Ist, wie die „Stadt-Btg.“ erfährt, gegen den Verfasser, den Verleger und den Drucker die Untersuchung eingeleitet worden, und war nur wegen Beleidigung des Justizministers Dr. v. Schelling.

\* [Organisation der „Unabhängigen.“] In einer Donnerstag abgehaltenen Versammlung haben die sogenannten unabhängigen Sozialdemokraten in Berlin beschlossen, sich eine Organisation zu schaffen. Dieselbe besteht zunächst darin, daß für jeden der Berliner Reichstagswahlkreise ein Vertrauensmann gewählt wurde.

\* [Ein frischer Zug.] Auch die freiconservative „Post“ ist der Ansicht, daß der Artikel der „Köln. Btg.“: „Ein frischer Zug“, wegen dessen die Anklage auf Majestätsbeleidigung erhoben werden soll, durch seine Tendenz die Absicht der Beleidigung ausschließt. Eine Anklage in diesem Falle würde ein politischer Fehler sein und im Zusammenhang mit den sonstigen Anklagen gleicher Art der Annahme Vorschub leisten, als wolle die Regierung überhaupt die ihr unbehagliche Kritik, die „Nörgelei“ in der Presse mundtot machen.

\* [Zu der Beschlagnahme der „Frankf. Btg.“ wegen Majestätsbeleidigung] schreibt Herr Maximilian Harden der „Frei. Btg.“, daß sein Feuilleton „Gekrönte Worte“, welches zu der Beschlagnahme Veranlassung gab, vor der Ansprache des Kaisers an den Provinziallandtag geschrieben worden ist, und sich weder mit der Person noch mit den Äußerungen des Monarchen in irgend einer Weise beschäftigt. Der betreffende Aufsatz schildert vielmehr die Wirkungen und Schwächen solcher historischer Schlagworte, die meistens zur Zeit ihres Entstehens von allgemeinem Jubel begrüßt worden sind. Die „Frankf. Btg.“ selbst schreibt noch zu der Beschlagnahme, daß am Mittwoch bis tief in die Nacht hinein durch Schuhleute die in den Gast- und Wirtshäusern und in den Zeitungs-Kiosks ausliegenden Exemplare der incriminierten Nummer weggenommen worden sind.

\* [Nachträgliches von den Berliner Strafenmäutzen.] Die „Allg. Reichs-Corr.“ schreibt: „Wie nachträglich verlautet, hat der Kaiser anlässlich der jüngst vorgekommenen Arawalle den Polizeipräsidienten Frhr. v. Richthofen zu sich kommen lassen und ihn gefragt, ob er zur Unterdrückung der Unruhen militärischer Unterstützung bedürfe. Der Polizeipräsidient hat aber erklärt, daß die Berliner Schutzmannschaft vollkommen für den angeregten Zweck ausreichend sei. — Es war dies seit der Thronbesteigung des Kaisers das erste Mal, daß derselbe den Polizeipräsidienten zu sich befohlen hat. Auch verlautet, daß in dieser Audienz Frhr. v. Richthofen geäußert habe, daß der Kaiser an dem ersten Tage der tumultuarischen Aufzüge seine tägliche Ausfahrt und den Spazierritt nicht unternehmen möge. Wie bekannt, hat sich der Kaiser aber nicht abhalten lassen, auch an diesem Tage seine gewohnten Ausflüge zu machen.“

München, 4. März. Der Finanzausschuss der Kammer der Abgeordneten hat auf Antrag des Finanzministers die in Folge des Sonnenstrahls für Holzhauerlöhne ausgeworfene Summe um 485 000 Mk. die Statspost für Vertilgung der Forstinfekten um 980 000 Mk. und die zu Baumleim und zu Leimschützringen für die vom Sonnenstrahl bedrohten 28 000 Hectare Forst erforderliche Summe um 600 000 Mk. erhöht.

### Schweiz.

Bern, 4. März. Nach Mittheilung des Handelsdepartements werden die neuen Vorschläge der italienischen Regierung als eine annehmbare Basis für die Unterhandlungen betrachtet. Immerhin ist noch eine Verständigung über eine gewisse Anzahl Punkte notwendig, die ohne Zweifel in den Conferenzen, welche aller Wahrscheinlichkeit nach binnen kurzem in Zürich wieder aufgenommen werden, erfolgen dürfte. (W. L.)

### England.

London, 4. März. Das Unterhaus genehmigte heute nach zweitägiger Debatte mit 211 gegen 118 Stimmen den für die Vermessung einer Eisenbahnlinie von Mombas nach dem Victoria-See geforderten Credit. (W. L.)

### Italien.

Palermo, 4. März. Die Universität ist heute wieder eröffnet worden. (W. L.)

Am 6. März. Danzig, 5. März. M.-A.-B.-Tage, G. A. 40. S. U. 5. 44. Danzig, 5. März. M.-U. 3.0. Wetterausichten für Sonntag, 6. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Veränderlich, Niederschläge, naßkalt. Heftig windig.

\* [Kreistag] Der Kreistag des Kreises Danziger Niederung ist auf den 19. März einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Einführung der neu gewählten Kreistagsmitglieder Nickel-Serberg und Mey-Gemitz, die Wahl eines neuen Kreisdeputierten an Stelle des wegen Verlegung des Wohnsitzes nach Danzig ausgeschiedenen Deichhauptmanns Wannow, Feststellung des Kreis-

haushalts-Etats und Wahl von Vertrauensmännern, Amtsvertretern etc.

\* [Ausbreitungen.] Gestern gegen Abend vermehrten sich die Ausbreitungen in einigen Straßen der Altstadt, so daß die Polizei, welche den Tag über ohne Waffengebrauch und mit Vorsicht und möglichster Schonung interveniert hatte, zuletzt mit der blanken Waffe einschreiten mußte, wobei mehrere Verwundungen vorkommen sind. Im ganzen wurden 45 Verhaftungen vorgenommen. Ein Mann liegt verwundet im Lazarett. Heute Vormittag war in Danzig und in den Vorstädten alles ruhig. Die Abfahrt des Dampfers mit Arbeitern nach den städtischen Rieselfeldern erfolgte ohne jede Störung. In nächster Woche wird voraussichtlich noch 100 bis 200 Arbeitern durch Erdarbeiten Beschäftigung gewährt werden können.

\* [Volksküche.] In der hiesigen Volks-Suppenküche sind in der Woche von Sonntag, 28. Februar, bis heute an warmen Suppen verabfolgt 11 150 Liter.

\* [Über das gestrige Eisenbahnnunglück in Bromberg.] giebt die Bromberger „Ostd. Pr.“ folgende Schilderung:

Der Morgens 5 Uhr 54 Min. hier fällige Berliner Schnellzug stieß in der Nähe des Bahnhügels in Danzig auf einen dort auf demselben Gleise stehenden Güterzug. Die Wirkung dieser Katastrophe war eine entsetzliche. Die Locomotive des Schnellzuges wurde aus dem Gleise herausgeschleudert und legte sich quer über den Übergangsweg, der nach der 6. Schleuse hinüberschürt, während die folgenden Wagen des Juges, der Tender und der dahinter folgende Postwagen, ebenfalls völlig in Trümmer gingen. Der Güterzug, mit dem der Zusammstoß erfolgte, ist natürlich ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Schaulplatz ist ungefähr 20 Schritte vom Bahnhügelgang bei Ohollogarten entfernt. Zwischen dem Bahndamm und dem dicht dabei stehenden Wärterhäuschen Nr. 68 liegt zunächst die Locomotive des Schnellzuges quer über dem Übergang, mit ihrem total zertrümmerten Vordertheil in den Sand eingebettet. Der Schornstein ist abgerissen und liegt auf den Trümmer des Tenders, welcher sich ebenfalls völlig auf die Seite gelegt hat, mit gebrochenen Äxen und namentlich in seinen unteren Theilen zu einem wilden Knäuel zusammengepreßt. Noch trostloser ist der Zustand des dahinter folgenden Postwagens. Derselbe ist durch die Wucht des Zusammenpralles förmlich in den Rohlenhügel hineingefahren. Das Dach des Postwagens wurde dabei völlig abgerissen und versiegte sich in den Telegraphendrähten. Als die nachfolgenden Wagen abgerückt wurden, stürzte ein Theil der Seitenwände nach und löscht sich auf dem Gleise fast in Splitter auf. Im Postwagen hat auch eines der unglücklichen Opfer der Katastrophe, der Packmeister, seinen Tod gefunden. Der dem Gepäckwagen folgende Schlafwagen ist weniger beschädigt, hat aber im unteren Theile ebenfalls gelitten; in welchem Grade, dürfte sich erst beim Durchstreichen der Räumungsarbeiten herausstellen. Auf der selben Seite der Gleise liegen auch die einzelnen, fast unkenntlichen Trümmer des leichten Wagens vom Güterzug; an diesem läßt sich eigentlich die ungeheure Gewalt des Zusammenstoßes mit seinen Wirkungen am deutlichsten ermessen. Die Schnellzug-Locomotive ist nämlich durch diesen Wagen im wahren Sinne des Wortes hindurchgefahren und hat die eingelenkte Theile desselben in Stücke durch einander weithin verstreut. Da liegen am Bahndamm und in dem benachbarten Garten zerbrochne Räder, Balkenstücke, armische Eisenstangen und Gläbe wie dünne Drähte verbogen. Dach und Seitenwände bilden eine unkenntliche Masse. Die Trümmer der übrigen 4 oder 5 in Mitleidenschaft gezogenen Wagen des Güterzuges, welche auf der anderen Seite aus dem Zuge herausgeschleudert worden sind, bedecken den jenseitigen Bahndamm. Der vorletzte Wagen, ein Personenwagen zweiter Klasse, liegt dicht neben dem verunglückten Postwagen in der Fassade und verdeckt die Locomotive des Schnellzuges; er ist förmlich in zwei Theile zertrümmert, die ferrissigen Polster liegen dem Blicke offen da, während die Räder den Himmel ragen. Weiter hinsehen wir dann noch die arg zugerichteten Bruchstücke der übrigen Güterwagen; zwischen den zerstörten Theilen eines der Wagen wurde in den Vormittagsstunden, als man mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt war, noch die blutbefleckte Blüte eines zu Tode gekommenen Heizers gefunden. Als einer der Beamten dieselbe aufhob, zeigten sich darunter eine große Masse Gehirn und Teile des zerschmetterten Schädels. Das Unheil wäre wahrscheinlich noch größer geworden und hätte noch mehr Menschenleben gefordert, wenn der Schaulplatz der Katastrophe nur wenige Schritte weiterhin nach den Schleusen zu gewesen wäre. Denn dann hätte die Locomotive die Vorderfront des aus dünnen Fachwerk bestehenden Bahnwärtershäuschens durchbrechen und dort gleichfalls Unheil anrichten müssen. Eine nach vielen hundertzähligen Menen war den ganzen Vormittag über auf dem Schaulplatz der Katastrophe, u. a. hatte sich auch ein Photograph mit seinem Apparat eingestellt, sowie eine junge Malerin, welche beide beschäftigt waren, ein Bild der grausigen Verwüstung aufzunehmen.

Eine amtliche Meldung des königl. Eisenbahn-Betriebsamtes zu Bromberg lautet: Der Schnellzug 61 stieß vor der Einfahrt in den Bahnhof Bromberg in Folge eigenmächtigen Zurückmeldens des vorzugehenden Güterzuges 1061 seitens des Telegraphisten auf den vor dem Abfahrtstelegraphen haltenden Güterzug. Die Strecke Bromberg bis Schneidemühl war gestern in der Weise gesperrt, daß Passagiere umsteigen mußten. Abends war die Unfallstelle bereits aufgeräumt, die Strecke wieder für den Verkehr frei.

\* [Stadttheater.] Die Direction hat wiederum eine Novität erworben, welche am Wallnertheater in Berlin z. einen lebhaften Erfolg errungen hat: das an komischen Situationen reiche Lustspiel „Gewagte Mittel“ von Francis Stahl. Dasselbe kommt nächste Woche hier zur Aufführung und verprüft ein gutes Repertoirestück auf der hiesigen Bühne zu werden.

\* [Handwerkssunterricht für die Landbevölkerung.] Der Minister für Landwirtschaft v. Heyden hat in voller Würdigung der Bedeutung, welche ein ländlichen Verhältnissen angepaßter Handwerkssunterricht auch für die Landbevölkerung hat, in einem Rekript vom 17. Februar die Königl. Regierungspräsidenten und die landwirtschaftlichen Vereine erlaubt, die beteiligten Kreise auf diese anerkennenswerten Bestrebungen des deutschen Vereins für Knabenhandarbeit aufmerksam zu machen und denselben möglichst Förderung und Unterstützung angedeihen zu lassen.

\* [Strafammer.] Wir wir s. 3. mitgetheilt haben, war am 10. Dezember v. J. an der Rosenmatte der Schanze Nr. 6 in Neufahrwasser Feuer ausgebrochen, welches durch die Unvorsichtigkeit eines obdachlosen Arbeiters entstanden war, der dort genächtigt hatte. Letzterer ist später in der Person des Arbeiters Mischmittl ermittelt worden, der nun heute von der Strafammer wegen faßläßiger Brandstiftung zu drei Wochen Gefängnis verurtheilt wurde. — In einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung wurde der Hofschmied Kestner aus Grenzendorf B. von der Anklage der Majestätsbeleidigung, die er durch einige Äußerungen bei der Feier des leichten Gedankfestes begangen haben sollte, freigesprochen.

[Polizei-Bericht vom 5. März 1892.] 55 Personen, darunter: 45 Männer 1892. Verhaftungen verschiedener Art, 1 Betrunkenen, 9 Obdachlose. — Gestohlen: 3 Frauenhemden gej. M. P. 1 Dukzend Handtücher, 2 Taschentücher. — Gefunden: 1 Haarspange, 1 Rohrstock im Bureau des 6. Polizei-Revisors zurückgeblieben, abzuholen von der königl. Polizei-Direction.

S. Insterburg, 4. März. Der 11. ostpreußische Gouvernement, welcher heute hier in den Räumen des Gesellschaftshauses stattfand, hat in seinem ganzen Verlauf den Beweis geleistet, daß derselbe keinen Zweck, den Landwirthen den Bezug von Saatgut nach eigener Ansicht und Auswahl zu erleichtern und den Verkäufern eine vorzügliche Gelegenheit zum Absatz ihrer Waren zu bieten, in jeder Weise vollständig erfüllt. Der Markt war von etwa 400 Personen aus allen Theilen der Provinz besucht und mit über 500 Proben der verschiedenen Saaten und Gemüsen bestückt, die von etwa 50 Landwirthen, Handelsfirmen und Kaufleuten zum Verkauf gestellt waren. Dem Besuch und der reichhaltigen Beschickung entsprechend waren auch Bedarf und Kauflust rege, und es durfte der Gesamtumfang wohl die Summe von 100 000 Mk. erreicht haben. Die Preise waren pro Scheffel für Sommerweizen 8.50—9 Mk., Gerste 6.50—7 Mk., Hafer 3.50—4 Mk., grüne Erbsen 8.50—9.50 Mk., weiße Erbsen 7.50—8 Mk., graue Erbsen 8.50—9.50 Mk.; für Thymotheum pro Ctr. 18—22 Mk., Grünklee 8.50—9.50 Mk., Rothklee 60—70 Mk., Weißklee 75—85 Mk., englisch Kangras 22 Mk., italienisch Rangas 24 Mk.

\* Raubenburg, 3. März. Ein Raubmord wurde dieser Tage an einem Arbeiter des Dampfzägerwerks Forst Streit verübt. Am Sonnabend erhielt er von Geschäftsführer des Werkes 108 Mark zum Einwechseln. Nachdem er in dem benachbarten Dorfe M. wo er wohnhaft war, seine Geschäfte besorgt hatte, begab er sich auf den Weg nach der Stadt und wurde bald darauf von dem Sohne des Gemeindevertreters tot vorgefunden. Als des Mordes verdächtig wurde ein in demselben Dorfe wohnhafter Arbeiter verhaftet. Bei der in der Wohnung des Verhafteten vorgenommenen Haussuchung wurde eine mit Blut bespritzte Axt gefunden.

(Weiteres in der Beilage.)

### Bermischte Nachrichten

\* Berlin, 4. März. Das Alexanderplatz-Theater ist bankerott und hat geschlossen werden müssen, da der Verlust der Mitglieder, auf Theilung zu spielen, mißglückt ist.

\* Die Prager Oper unter Angelo Neumann soll auch in diesem Sommer wieder im Lessingtheater gastieren und zwar von Mitte Juni bis Mitte Juli.

\* Ein ausgelöster Bankraub. Brüssel, den 1. März. In der verlorenen Nacht drangen Diebe in das Bankhaus herzens Termonde ein, erbrachen die Schränke und raubten Wertpapiere im Betrage von mehreren hunderttausend Francs. Das anstehende Hotel des Ministers Debrunn wurde gleichfalls ausplündert.

\* Ein Akt der Lynchjustiz wird aus Paris gemeldet. In einem Hause der Straße St. Denis verübten gestern drei Diebe einen Einbruch. Dieselben wurden überrascht und ergreift, von der Menge verfolgt, die Flucht. Zwei entkamen, der Dritte feuerlos unausgesetzt einen Revolver auf seine Verfolger ab. Er tödete zwei derjenigen und verwundete einen Mann schwer. Nach wütendem Kampfe wurde der Dieb überwältigt und von der Menge fast todtgeschlagen und zertrümmert. Die Polizei vermochte nicht die Lynchjustiz zu verhindern.

\* Meuterei unter Sträflingen. Unter den 300 Sträflingen des Ortsgefängnisses von Akyab in Birma brach nach einer Meldung aus Kalkutta von Donnerstag eine Meuterei gegen die Beamten aus, von denen einer getötet, sechs verwundet wurden. Die Sträflinge entkamen und bedrohten die Stadt, wurden aber von der Polizei und Freiwilligen angegriffen und nach kurzem Kampfe genötigt, sich zu ergeben. Der Rädelsführer, ein ehemaliger Insurgentenführer, ist getötet, mehrere Sträflinge sind verwundet.

### Schiffs-Nachrichten

\* London, 4. März. (Sel.). Die Liverpoller Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat dem Capitain Willigerod vom Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Spree“ anlässlich der Rettung der Passagiere und Mannschaft des Liverpoller Dampfers „Abyssinia“ am 18. Dezember v. J. die goldene Medaille verliehen. Der zweite Offizier Pollack und der dritte Offizier Randermann erhielten die silberne Medaille. Der zweite Offizier Pollack und der dritte Offizier Randermann erhielten die silberne Medaille, 11 Matrosen der „Spree“ eine Prämie von je 20 Shilling.

New York, 4. März. (Sel.). Der Hamburger Postdampfer „California“ ist von Hamburg kommend, gestern Abend hier, und der Bremer Ländedampfer „Amerika“ in Baltimore eingetroffen.

**Telegramme der Danziger Zeitung.**

Breslau, 5. März. (Privatelegramm.) Der heute hier zusammengetretene Städteitag, auf dem sämtliche schlesischen Städte mit mehr als zehntausend Einwohnern vertreten waren, hat einstimmig die von dem Referenten beantragte Resolution gegen das Volksschulgesetz angenommen.

### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 5. März. (C. v. Morstein.)

	Bar. M.	Wind	Wetter.	Tem. Cels.
Weizen, gelb Ers.v.4.	70	SSD	halb bed.	0
April-Mai	202.20	204.20	4% rm. S.-R.	83.00 82.90
Juni-Juli	205.50	207.20	5% Anat. Ob.	84.20 84.10
Roggen	215.70	217.50	Ung. 4% Gr.	92.50 92.60
April-Mai	210.70	212.00	2. Orient.-A.	65.30 65.00
Hafer	154.50	155.00	Combarden	39.70 40.50
April-Mai	155.20	155.50	Transfert...	123.75 124.40
Mai-Juni	184.70	184.70	Creb. Actien	169.75 170.50
Petroleum per 2000 t	23.50	23.50	Disc.-Com.	184.70 185.00
Deutsche B.	153.10	153.70	Deutsche B.	101.60
Lösch...	172.1			

# Griechische Weine,

Statt besonderer Meldung.  
Durch die Geburt eines gelungenen Knaben wurden erfreut  
Danzig, den 5. März 1892  
Kauffmann J. Sieben und Frau  
Lina geb. Hoffmann.

## Concursverfahren.

Über das Vermögen der  
Kauffmann und Gasmith August  
und seine geb. Bock - Klatt  
schen Cheleute in Stobenborst  
ist am 3. März 1892, Nachmittags  
12½ Uhr, das Concursverfahren  
eröffnet.

Zum Concurs-Derwaltor ist  
Herr Gerichtssecretar Budau in  
Liegenhof ernannt.

Offener Arrest mit Anzeigeplakat  
und Anmeldefrist bis 4. April  
1892.

Erste Gläubiger-Versammlung  
am 2. April 1892, Vormittags  
11 Uhr.

Prüfungstermin am 13. April  
1892, Vormittags 11 Uhr.

Liegenhof, den 5. März 1892.

Lüdtke,  
als Gerichtsschreiber des Königl.  
Amtsgerichts.

## Bilanz pro 31. Dezember 1891

**Activa.**  
Grundstück-Conto M 48512,96  
Gebäude-Conto . . . . . 445757,21  
Maschinen-Conto . . . . . 222969,34  
Eisenbahn-Anschluß-  
Conto . . . . . 10713,00  
Waarenl. Inventur . . . . . 424217,65  
Materialien und  
Salzgaten . . . . . 48628,73  
Wechsel-Conto . . . . . 27094,25  
Cassa-Conto . . . . . 2866,28  
Debitores . . . . . 212449,13  
Geräthe-Conto . . . . . 8241,37  
Mobilien-Conto . . . . . 837,39  
Laboratorium-Conto . . . . . 811,00  
Telegraphen-Conto . . . . . 234,26  
M 1453332,63

**Passiva.**  
Capital-Conto M 900000,—  
Accept-Conto . . . . . 257887,73  
Reservfonds I . . . . . 22544,93  
Reservfonds II . . . . . 64593,36  
Spezial-Reserve-  
Conto . . . . . 2634,65  
Creditores . . . . . 124953,00  
Dividenden-Conto . . . . . 63000,—  
Tantieme-Conto . . . . . 16798,32  
Gewinn- u. Ver-  
lust-Conto . . . . . 920,64  
M 1453332,63

## Gewinn- u. Verlust-Conto.

**Debet.**

An Special-Reserve-  
Conto . . . . . 1381,03

- Geschäftsun-  
kosten-Conto . . . . . 41233,11

- Zinsen-Conto . . . . . 16482,29

- Reparatur-Conto . . . . . 36742,—

- Saldo . . . . . 119179,19

der die folgt verwandt ist:

Abschreibungen M 31915,34

Reservefonds-  
Conto . . . . . 6544,79

Tantieme . . . . . 16798,32

Dividenden-Conto . . . . . 63000,—

Vortrag pro 1892 . . . . . 920,64

M 119179,19

M 214997,62

**Credit.**

Per Vortrag von  
1890 M 429,81

Per Fabrikations-  
Conto . . . . . 202651,47

Per Commissions-  
Conto . . . . . 11916,34

M 214997,62

**Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.**

## EQUITABLE

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten  
in New-York.

Ich, der unterzeichnete General-Bevollmächtigte der  
Equitable, Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York, für Deutschland, erkläre  
hiermit Namens der Equitable, unter Bezugnahme auf die  
in verschiedenen Blättern abgedruckte Verfügung Seiner  
Excellenz des Königlich Preußischen Ministers des Innern,  
Herrn Herrfurth, vom 25. Januar d. J. und auf die in  
vielen Blättern aufgeworfenen Behauptungen, die Equitable  
wohl aus Deutschland sich zurückziehen und ihre bei der  
Vereinsbank in Hamburg gemachten Depots zurücknehmen,  
Folgendes:

1. Die Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Equitable  
wird auf Verlangen eines jeden Versicherten, in dessen  
Police-Bedingungen folgende Klausel enthalten ist:

Und weiter wird hiermit erklärt, daß bei Ermittlung  
der Dividenden für Policien, als einer Klasse, Rücksicht genommen werden kann auf  
die in derselben vorekommen Sterblichkeitsverluste  
und auf die Kosten der Beobachtung der Gebele und der  
speziell getroffenen Vereinbarungen in Betreff  
solcher Policien

diese Klausel streichen. Diese Klausel ist s. J. im Interesse  
der Versicherten in den gemäßigten Zonen in die Policien-  
Bedingungen aufgenommen worden und hat nur Bezug  
auf die Dividenden-Vertheilung. Da sich indeß seitens  
einiger Versicherter gegen diese Klausel Opposition gezeigt  
hat, so ist schon in den seit September v. J. herausge-  
gebenen Policien diese Klausel gestrichen worden und sind  
meine sämtlichen Herren General-Agenten in Deutschland  
autorisiert, auf Verlangen eines jeden Versicherten diese  
Klausel zu streichen.

2. Es ist unwahr, die Equitable beabsichtige ihre bei  
der Vereinsbank in Hamburg hinterlegten Depots, welche  
derzeit ca. 11 Millionen Mark betragen, juridisch zu  
sicherheit, welche der Vereinsbank für die ihrerseits  
den Versicherten gegenüber übernommene Verpflichtung  
von der Equitable gewährleistet ist, wird vielmehr in den  
nächsten Tagen auf ca. 16 Millionen Mark erhöht werden.  
Die Equitable denkt garnicht daran, diese Depots zurückzu-  
ziehen, auch ist sie garnicht in der Lage, dies zu thun, was  
die Vereinsbank auch bestätigen wird.

3. Die Equitable beabsichtigt durchaus nicht, ihr Ge-  
schäft in Deutschland aufzugeben; sie wird nur nach meinem  
Rücktritte die General-Direktion für Deutschland, speziell für  
Preußen, nach Berlin verlegen.

4. Was die von Seiner Excellenz dem Preußischen  
Minister des Innern, Herrn Herrfurth, angeordneten Er-  
mittelungen über das Geschäftsgeschehen der Equitable an-  
betrifft, so kann die Gesellschaft denselben mit Ruhe ent-  
gegensehen, da solche nichts Ungünstiges für sie ergeben  
können.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

## EQUITABLE

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:  
Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.

Der General-Director und General-Bevollmächtigte  
für Deutschland:

Gustav G. Pohl.

Da auch hier neuerdings vielfach Schmähbarkeit gegen  
die "Equitable" anonym verbreitet werden, erkläre  
ich mich, unter Bezugnahme auf obige Annonce, zu jeder  
ferneren gewünschten Auskunft gerne bereit.

**Die Generalagentur für Westpreußen.**

Walter Kauffmann.

Hamburg-Altona, den 29. Februar 1892.

**EQUITABLE**

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft der Vereinigten  
Staaten in New-York.</

# Beilage zu Nr. 19397 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 5. März 1892.

Danzig, 5. März.

\* [Personalien bei der Justiz.] Der Amtsrichter Dr. Ollendorff in Gollnow ist als Landrichter an das Landgericht in Stolp, der Landgerichts-Director Jensch in Ostrowo in gleicher Amtseigenschaft an das Landgericht in Bromberg versetzt; der Gerichts-Assessor Dr. Albert Cohn in Dirschau ist zum Amtsrichter in Neve, der Gerichts-Assessor Dr. Mangelsdorff in Graudenz zum Amtsrichter in Rulm, der Staatsanwalt Fuchs in Kreuzburg (O.-Schl.) zum Landrichter in Graudenz, der Gerichts-Assessor v. Tumetti in Remscheid zum Amtsrichter in Johannisburg, der Rechtsanwalt Steffen in Rhein zum Notar ebenfalls ernannt worden.

\* [Verein Creditreform.] Der hiesige Verein „Creditreform“ hielt vorgestern im Bürgerbräu-Restaurant seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach einem einleitenden Referat des anwesenden Verbands-Inspectors, Hrn. Jäger aus Leipzig, erstattete der Geschäftsführer des Vereins, Hr. Paul Auelein, den Jahresbericht, nach welchem der Verein bis heute 6891 schriftliche Auskünfte über Creditverhältnisse hiesiger Firmen an die Mitglieder anderer Vereine des Verbandes erhielt hat; fast ebenso viele mündliche Auskünfte erhielten die mit Legitimationskarten des Verbandes ausgerüsteten Reisenden auf dem hiesigen Vereinsbureau. Das Mahnversfahren (Einzug zweifelhafter Forderungen) ist seitens des hiesigen Vereins in 607 Fällen zur Anwendung gekommen und war der Erfolg sehr befriedigend.

w. Ebbing, 4. März. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung hatte beschlossen, die Petition gegen das Volksschulgesetz ihrer allgemeinen Bedeutung wegen durch den Druck zu vervielfältigen. Der Magistrat glaubte mit Rücksicht auf den Kostenpunkt davon absehen zu können, weil der Inhalt der Petition durch die Presse verbreitet ist. Nachdem jedoch in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung hervorgehoben wurde, daß es durchaus nothwendig ist, die Petition sämtlichen Abgeordneten zugestellt, weil sie sonst das Schicksal der anderen Petitionen theilen und unberücksichtigt wird, wurde abermals die Drucklegung derselben beschlossen. Der Magistrat stellte in Aussicht, diemal den Beschlüssen der Stadtverordneten nachzukommen.

— Bekanntlich ist in der vorigen Stadtverordneten-Versammlung der Antrag eingebrochen worden, für unseren Ort ein von dem Staatssteuer-Regulativ abweichendes Steuersystem einzuführen, wonach das neue Gesetz nur auf die oberen Stufen Anwendung finden, die Steuern der unteren Stufen aber auf der bisherigen Höhe belassen werden sollten. Die Commission, der die Angelegenheit zur Berathung überwiesen war, ist mit den Antragstellern darin einverstanden, daß die finanzielle Lage der Stadt durch das neue Gesetz geschädigt werde. Von den 7719 Steuerzahldern der unteren Stufen werden künftighin 74000 Mark weniger als bisher einkommen, während diesem Ausfall nur ein Mehr von 35 000 Mark aus den höheren Stufen gegenübersteht. Doch ist kaum zu erwarten, daß die Regierung ein Regulativ bestätigen wird, welches den Prinzipien des neuen Gesetzes nicht entspricht. Auch ist die Zeit bis zum neuen Steuerjahr zu knapp bemessen. Aus diesen Gründen wurde von der Aufstellung eines Sonderregulativs Abstand genommen.

Ein besonderes Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wird von unseren Behörden nicht erlassen. Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung stimmen in der Ansicht überein, daß durch den § 105 der Gewerbeordnung der Gewerbebetrieb schon genugsam geschädigt ist und eine weitere Einengung desselben an den Feiertagen noch schwerer empfunden werden wird. — Für den Rathskeller, den unsere Stadt mit dem neuen Rathause erhalten wird, wurden 12 500 Mk. bewilligt. Nachträglich ist noch die Einrichtung eines Restaurationsraumes im nördlichen Theil des Gebäudes geplant, wodurch sich die Einrichtung 3000 Mk. theurer stellt.

## Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 4. März. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco neuer 208—215. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 215—220, russ. loco ruhig, neuer 188—190 nom. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rüböl (underjölt) ruhig, loco 57,00. — Spiritus mill. per März-April 34 $\frac{1}{2}$  Br., per April-Mai 34 $\frac{1}{2}$  Br., per August-Septbr. 36 Br., per Septbr.-Oktober 35 $\frac{1}{2}$  Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 1000 Sach. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,35 Br., per August-September 6,25 Br. — Weiter: Schön.

Hamburg, 4. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenzucker 1. Product Basis 88% Rendement neue Ullage, f. a. B. Hamburg per März 14,20, per Mai 14,55, per Aug. 14,87 $\frac{1}{2}$ , per Okt. 13,12 $\frac{1}{2}$ . Etätig.

Hamburg, 4. März. Kaffee. Good average Santos per März 68, per Mai 68, per Septbr. 65 $\frac{1}{2}$ , per Dezbr. 62 $\frac{1}{2}$ . Ruhig.

Fremen, 4. März. Kaff. Petroleum. (Schlußbericht.) Fah. zollfrei. Ruhig. Loco 6,35 Br.

Havre, 4. März. Kaffee. Good average Santos per März 93,00, per Mai 87,75, per September 84,25. — Behauftet.

Frankfurt a. M., 4. März. Effecten-Societät. (Schlußbericht.) Österreichische Credit-Aktionen 263 $\frac{1}{2}$ , Franzosen 248 $\frac{1}{2}$ , Lombarden 73 $\frac{1}{2}$ , ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 134,20, Disconto-Commandit 181,10, Dresdener Bank 133,50, Bochumer Gußstahl 106,40, Dortmund Union St.-Pr. 52,10, Gelsenkirchen 135,40, Harnpener 138,20, Hibernia 124,70, Laurahütte 100,40, 3% Portugiesen 27,10. Schwach.

Wien, 4. März. (Schluß-Course.) Österreich. Papierrente 94,72 $\frac{1}{2}$  do. 5% do. 102,65, do. Gilberrente 94,25, 4% Goldrente 110,50, do. ungar. Goldrente 107,50, 5% Papierrente 102,00, 1880er Loope 140,00, Anglo-Aust. 154,25, Länderbank 204,75, Creditact. 308,50, Unionbank 235,00, ungar. Creditaktionen 341,75, Wiener Bankverein 112,60, Böh. Westbahn 347,00, Böh. Nordb. 183,00, Bösch. Eisenbahn 446, Dug-Bodenbacher —, Elbenthalbahn 228,25, Ferd. Nordbahn 2847,50, Franzosen 284,00, Galizier 211,55, Lemberg-Eßern 247,00, Lombard. 88,00, Nordwestb. 209,50, Bardubitzer 184,00, Alp.-Mont.-Act. 62,10, Tabakaktionen 164,00, Amsterd. Wechsel 98,00, Deutsche Pläne 58,07 $\frac{1}{2}$ , Londoner Wechsel 118,60, Pariser Wechsel 47,05, Napoleon 9,41, Marknoten 53,07 $\frac{1}{2}$ , Russische Banknoten 1,19 $\frac{1}{4}$ , Silvercoupons 100, Bulgar. Anleihe —.

Amsterdam, 4. März. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, per März 235, per Mai 242. — Roggen loco gefäßtlos, do. auf Termine fest, per März 222, per Mai 229. — Rüböl loco 28, per Mai 26 $\frac{1}{2}$ , per Herbst 27 $\frac{1}{2}$ .

Antwerpen, 4. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffiniertes Type weiß loco 15 $\frac{1}{2}$  bez. und Br., per März 15 Br., per April 15 $\frac{1}{2}$  Br., per Sept. Dezbr. 15 $\frac{1}{2}$  Br. Schwächer.

Antwerpen, 4. März. Getreidemarkt. Weizen be-

hauptet. Roggen unverändert. Hafer ruhig. Gerste nubelebt.

Paris, 4. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen matt, per März 25,90, per April 26,10, per Mai-August 26,70, per Septbr.-Dezbr. —. — Roggen ruhig, per März 19,20, per Septbr.-Dezbr. 18,70. — Mehl matt, per März 55,20, per April 55,30, per Mai-August 57,20, per Septbr.-Dezember —. — Rüböl —, per März 55,75, per April 58,50, per Mai-August 57,50, per Septbr.-Dezbr. 59,60. — Spiritus ruhig, per März 46,50, per April 46,00, per Mai-August 44,75, per Septbr.-Dezbr. 40,75. — Weiter: Ralt.

Paris, 4. März. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente —, 3% Rente 96,57 $\frac{1}{2}$ , 4 $\frac{1}{2}$ % Ant. 105,17 $\frac{1}{2}$ , 5% italien. Rente 87,70, österr. Goldr. 95 $\frac{1}{2}$ , 4% ung. Goldrente 92,12, 3% Orientanleihe 66,12, 4% Russen 1880 —, 4% Russen 1889 93,35, 4% unific. Ägypter 482,50, 4% span. äuß. Anleihe 58 $\frac{1}{4}$  convert. Türken 19,15, türk. Loope 73,70, 5% privilegierte türk. Obligationen 421,20, Franzosen 620,00, Lombarden 205,00, Lomb. Prioritäten 300,00, Credit foncier 1207, Rio Tinto-Aktion 425,60, Guezkanal-Aktion 2707,00, Banque de France 4440, Wechsel auf deutsche Pläne 122 $\frac{1}{2}$ , Londoner Wechsel 25,20 $\frac{1}{2}$ , Cheques a. London 25,22, Wechsel Amsterdam kurz 206,18, do. Wien kurz 210,50, do. Madrid kurz 429,50, Neue 3% Rente 95,60, 3% Portugiesen 27, neue 3% Russen 75 $\frac{1}{2}$ , Banque ottomane 538,00, Banque de Paris 615,00, Banque d'Escompte 158, Credit mobilier 140, Merid.-Aktion 585, Panamakanal-Aktion —, do. 5% Obligat. 19,00, Gas. Parisen 1480, Credit Lyonnais 782,00, Gas pour le Fr. et l'Etrang. 545, Transatlantique 542, Ville de Paris de 1871 410, Tab. Ottom. —, 23 $\frac{1}{2}$ % engl. Cons. 96 $\frac{1}{2}$ , C. d'Escompt 485, Robinson-Aktionen 82,50.

London, 4. März. (Schlußcourse.) Engl. 2 $\frac{1}{2}$ % Consols 95 $\frac{1}{2}$ , Pr. 4% Consols 105, italienische 5% Rente 86 $\frac{1}{2}$ , Lombarden 8, 4% cons. Russen von 1889 (2. Serie) 93 $\frac{1}{2}$ , convert. Türken 18 $\frac{1}{2}$ , österr. Gilberrente 80, österr. Goldrente 95, 4% ungarische Goldrente 91, 4% Spanier 58 $\frac{1}{2}$ , 3 $\frac{1}{2}$ % privil. Ägypter 89 $\frac{1}{2}$ , 4% unific. Ägypter 95 $\frac{1}{2}$ , 3% garantirte Ägypter —, 4 $\frac{1}{2}$ % ägypt. Tributanieleihe 93 $\frac{1}{2}$ , 6% cons. Mexikaner 81, Ottomanbank 113 $\frac{1}{2}$ , Suzactien —, Canada-Pacific 92, De Beers-Aktionen neue 14 $\frac{1}{2}$ , Rio Tinto 16 $\frac{1}{2}$ , 4% Rupees 69 $\frac{1}{2}$ , Argentinische 5% Goldanleihe von 1886 61, do. 4 $\frac{1}{2}$ % äußere Goldanleihe 29 $\frac{1}{2}$ , Neue 3% Reichsanleihe 84 $\frac{1}{4}$ , Silber 41 $\frac{1}{2}$ , Platin 17 $\frac{1}{2}$ .

London, 4. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Engl. Weizen fest, fremder gegen Anfang klarer, seit Mittwoch unverändert. Mehl stetig. Uebriges gegen Anfang unverändert. Angekommenner Weizen fest, schwimmender voll 1 $\frac{1}{2}$  sh. höher, anderes anziehend.

Glasgow, 4. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 41 sh. 10 $\frac{1}{2}$  d. à 41 sh. 1 d.

Glasgow, 4. März. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 499,964 Tons gegen 545,031 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 78 gegen 20 im vorigen Jahre.

Liverpool, 4. März. (Getreidemarkt.) Weizen 1/2 bis

1 d. höher, Mehl ruhig, Mais fest. Weiter: Schön.

Petersburg, 4. März. Wechsel auf London 99,00, do. Berlin 48,35, do. Amsterdam 81,75, do. Paris 39,15, 1 $\frac{1}{2}$ -Imperials 790, russ. Präm.-Anleihe von 1864 gelt. 236 $\frac{1}{2}$ , do. 1866 226 $\frac{1}{2}$ , russ. 2. Orientant. 101 $\frac{1}{2}$ , do. 3. Orientanleihe 102 $\frac{1}{2}$ , do. 4% innere Anleihe —, do. 4 $\frac{1}{2}$ % Bodencredit-Pfandbriefe 150, Große russ. Eisenbahnen 253, russ. Güldenstet.-Act. 115 $\frac{1}{2}$ , Petersburger Disconto-bank 545, Petersburger intern. Handelsbank 459, Petersburger Privat-Handelsbank 294, russ. Bank für auswärt. Handel 269, Warschauer Disconto-bank —, Russ. 4% 1889er Cons. 147, Privatdiscont 4 $\frac{1}{2}$ .

Petersburg, 4. März. Productenmarkt. Talg loco 57,00, per August. —. — Weizen loco 14,25, Roggen loco 12,25, hafer loco 5,30, Hanf loco 46,00, Leinsaat loco 15,25. — Frost.

Newyork, 3. März. (Schluß-Course.) Wechsel auf London (60 Tage) 4,85 $\frac{1}{2}$ , Cable-Transfers 4,88 $\frac{1}{2}$ , Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,19 $\frac{1}{2}$ s. Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95 $\frac{1}{2}$ s, 4% fund. Anteile 116 $\frac{1}{2}$ , Canadian-Pacific-Aktionen 89 $\frac{1}{2}$ , Central-Pacific-Aktionen 31 $\frac{1}{2}$ , Chicago u. North-Western-Aktionen 118 $\frac{1}{2}$ , Chic. Mil. u. St. Paul-Aktionen 78 $\frac{1}{2}$ , Illinois-Central-Aktionen 105, Lake-Superior-Michigan-South-Aktionen 128 $\frac{1}{2}$ , Louisville u. Nashville-Aktionen 73 $\frac{1}{2}$ , Newy. Lake-Erie- u. Western-Aktionen 32 $\frac{1}{2}$ , Newy. Central- u. Hudson-River-Act. 117, Northern-Pacific-Preferred-Act. 67 $\frac{1}{2}$ , Norfolk- u. Western-Preferred-Actien 43 $\frac{1}{2}$ , Atchison Topeka und Santa Fe-Aktionen 38 $\frac{1}{2}$ , Union-Pacific-Aktionen 46 $\frac{1}{2}$ , Denver- u. Rio-Grande-Preferred-Aktionen 52, Silver-Bullion 91. — Baumwolle in Newyork 7 $\frac{1}{2}$ , do. in New-Orleans 6 $\frac{1}{2}$ , Raffin. Petroleum Standard white in Newyork 6,40 Od., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Od., rohes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline Certificates per April 58 $\frac{1}{2}$ s. Ruhig, steig. — Schmalz 6,75, do. Rohe u. Brothers 7,05. — Zucker (Fair refining Muscovados) 3. — Kaffee (Fair refining Muscovados) 3. — Kaffee (Fair Rio-) 15, Rio Nr. 7, low ord. per April 13,17, per Juni 12,85.

Chicago, 3. März. Weizen per April 88 $\frac{1}{2}$ , per Juni 90 $\frac{1}{2}$ s. Mais per Mai 42 $\frac{1}{2}$ . Speck short clear 6,26. Bock per März 11,00. Weizen eine Zeit lang nach der Eröffnung fallend, dann lebhafte Reaction, später wieder fallend. Mais durchweg fest.

Newyork, 4. März. Wechsel auf London 4,85 $\frac{1}{2}$ .

— Rother Weizen loco 1,07 $\frac{1}{2}$ , per März 1,03 $\frac{1}{2}$ , per April 1,03 $\frac{1}{2}$ s. — Mehl loco 4,00. — Mais 50 $\frac{1}{2}$ . — Fracht 3 $\frac{1}{4}$ . — Zucker 3.

Danzig, 5. März.

(Vor der Börse.)

\*\* Wochen-Bericht. Das Wetter hat von neuem einen vollkommen winterlichen Charakter angenommen, und es herrsche ziemlich starke Kälte bei wiederholten, wenn auch nur geringen Schneefällen. — Die Zufuhren bestanden aus 85 Waggons gegen 94 in der vorigen Woche und 495 zur selben Zeit im letzten Jahre. Von Inlande kamen 66 und vom Auslande 19 Wagen. Dieselben waren mit 410 Tonnen Weizen, 50 Tonnen Roggen, 40 To. Gerste, 20 To. Hafer, 30 To. Erbsen, 10 To. Peitschen, 10 To. Mais, 70 To. Delfaaten, 20 To. Delikchen, 70 To. Bohnen, 20 To. Lupinen, 30 To. Klee und 70 To. Kleie beladen. Daß in Folge des russischen Ausfuhrverbots unsere Zufuhren vom Auslande minimal sind, darf nicht Wunder nehmen, es ist aber bemerkenswert, daß auch das inländische Angebot mit nur 66 Wagen gegen gleichzeitig 144 im vergangenen Jahre ganz außerordentlich zurücksteht.

In Laufe dieser Woche haben Schwankungen von Bedeutung nicht stattgefunden und die leitenden Märkte verharren in abwartender Stellung, ohne ein besonderes Vertrauen auf die Preisgestaltung der Zukunft erkennen zu lassen. — Newyork notirte Weizen per März 17 $\frac{1}{2}$  und per Mai 13 $\frac{1}{2}$  Cents niedriger, Mehl unverändert und Mais 3 $\frac{1}{2}$  Cent höher. Die Abladungen von Amerika waren etwas geringer und betrugen 223 000 Tons. Weizen — 45% nach England, 25% nach Frankreich, 30% nach anderen Häfen des Continents — gegen 279 000 Tons vor acht Tagen und 117 000 Tons im vorigen Jahre. Die sichtbaren Vorräthe haben sich nur wenig vermindert und bestehen aus 41 110 000 Bushels gegen 41 474 000 in der vorhergehenden und 23 250 000 in der entsprechenden Woche des vorigen Jahres. — England berichtete für alle Getreidearten sehr ruhige Märkte. Einheimischer Weizen war knapp, und fremder bei großer Zurückhaltung der Käufer 1 $\frac{1}{2}$ —1 Gh. und Mehl 1 $\frac{1}{2}$  Gh. niedriger. Schwimmende Weizen-Ladungen blieben unverändert im

Werthe. — In Berlin nahm diese Woche ebenfalls bei täglich recht bedeutenden Ankünften einen sehr ruhigen Verlauf. Frühjahrsweizen schließt 1 M höher und Frühjahrsroggen 20 & billiger. Das Münzverhältnis der beiden Haupt-Brotfrüchte bleibt dort bestehen, und Roggen behauptet noch fortwährend seinen gegen Weizen wesentlich höhern Preisstand. Die schwache Jufuhr am hiesigen Markt hat unsere Preise am Mittwoch und Donnerstag, als auf etwas festere, auswärtige Stimmung hier mehr Kauflust zur Geltung kam, für Weizen 3—4 M gestiegen und im selben Verhältnis sind auch vom Speicher einige Partien Transitweizen gehandelt. Die Bestandsaufnahme am 1. cr. ergab hier ein Lager von 12994 Zt. Weizen, mithin hat gegen den 1. Februar eine Abnahme von 2389 Tonnen stattgefunden. — Die Terminnotierungen sind für Frühjahrsweizen zum freien Verkehr 1 M, zum Transit 2 M und per Juni-Juli-Weizen zum Transit 1 M höher. — Gehandelt wurde: Inländisch roth 118% 217 M, hellbunt 119—127% 205—217 M, weiß 118—131% 213—224 M, hochbunt 125—130% Sommer- 118/9—133% 200—215 M, russisch zum Transit roth 123 4—128/9% 181 M. Regulierungspreis zum freien Verkehr 215—218 M, zum Transit 180—184 M. Auf Lieferung per April-Mai zum freien Verkehr 219 M Br., 218 M Gd., zuletzt 220 M Gd., zum Transit 181 M Br., 180 M Gd., zuletzt 184 M Br., 183 M Gd., per Juni-Juli zum Transit 184 M Br., 183 M Gd., schlieft 186 M Br., 185 M Gd.

Roggen ist ziemlich fest gewesen, und hat der Consum seinen Bedarf meistens dem Lager entnommen; auf Abladung von der Provinz ist fast nichts gehandelt worden. Unser Roggenvorrath am 1. März cr. bestand aus 9624 Tonnen gegen 10489 am 1. Februar. Leider befindet sich darunter ein großer Theil geringe Ware. Inlän-

bischer April-Mai-Roggen wird seit acht Tagen 2 M und Transit 3 M höher gehalten. Inländischer herbstrohogen am Anfang der Woche 180 M Br. notirt, schließt ebenso. Verkäufe per diesen Termin gelangten bisher nicht zur Notiz. — Gehandelt wurde per 120%: Inländisch 108—121% 206—212% M, russisch zum Transit 113—116% 178 1/2 M. Regulierungspreis inländisch 214 M, unterpolnisch 181—182 M, transit 180—181 M. Auf Lieferung per April-Mai inländ. 217 M Br., 216 M Gd., zuletzt 220 M Br., zum Transit 180 M Br., 179 M Gd., zuletzt 183 M Br. per Sept.-Oktober inländisch 180 M Br., dann 179 und 182 M Br., 181 M Gd., schließt 180 M Br. — Gerste. Der Verkehr in dem Artikel hat sich nicht gebessert, und bei schwacher Tendenz blieb die Tendenz flau. Bezahlte wurde: Inländische kleine 102—108% 148—150 M, große 106 7—112 3/4% 148—169 M. Hafer inländisch 132—140 M. — Erbsen polnische zum Transit kleine Victoria 175 M mittel 145 M. Pelusischen inländ. 130 M. — Pferdebohnen inländisch 145—146 M, poln. zum Transit 126 M. — Senf inländ. hell besteht 190 M, russ. zum Transit braun 100—120 M. — Heddriks int. besteht 80 M, russ. zum Transit 91 M. — Kleesaaten weiße 20—73 M, rothe 37—54% 2 M, schwedisch 40—62 M per 50 Kilo. — Thymothee 19 M per 50 Kilo. — Weizenkleie zum See-Export grobe 4.95—5.05 M, mittel 4.80 M, feine 4.87 1/2—5 M per 50 Kilo. — Spiritus erfuhr wenig Veränderung. Nach einiger Aufbesserung sind unsere Preise gegen vorige Woche zuletzt für contingentirten 1/2 M und für nicht contingentirten 3/4 M billiger. Berlin notirt April-Mai Spiritus 30 & und Juli-August 10 & niedriger. Zu notiren ist: Contingentirter loco 63 M Gd., 62 3/4 M bez., nicht contingentirter loco 44 M Gd., 43 1/2 M bez., contingentirter per März 62 3/4—62 1/2 M Gd., per März

Mai 63—62 3/4 M Gd., nicht contingentirter per März 43 3/4—43 M Gd., per März-Mai 44—43 1/2 M Gd.

### Produktenmärkte.

**Stettin**, 4. März. Getreidemarkt. Weizen unveränd., loco 205—220, ver April-Mai 216.25, per Mai-Juni 217.50. — Roggen unveränd., loco 205—210, per April-Mai 219.50, per Mai-Juni 216.00. — Bomm. Hafer loco neuer 150—159. — Rüböl loco ruhig, per April-Mai 54.50, per September-Oktober 54.50. — Spiritus matt, loco ohne 50 M Consumsteuer — 70 M Consumsteuer 44.40, per April-Mai 45.40, per August-September 46.70. — Petroleum loco 11.00.

**Berlin**, 4. März. Weizen loco 202—220 M, per April-Mai 203.25—204.50—204.25 M, per Mai-Juni 20—206—205.75 M, per Juni-Juli 206.25—207.25 M. — Roggen loco 207—217 M, guter inländ. 213—214 M, per April-Mai 216—217.50 M, per Mai-Juni 213.50—215 M, per Juni-Juli 210.50—212 M, per Juli-August 193.75—195 M. — Hafer loco 151—173 M, süddeutsch 153—158 M, ost- und westpreuß. 152—156 M, pomm. und uckermärk. 154—159 M, schles., böhm. u. sächsischer 154—158 M, feiner idheli., mährischer und böhmischer 162—167 M a. B., per April-Mai 155 M nom., per Mai-Juni 155.50 M, per Juni-Juli 156.25 M nom., — Mais loco 132—143 M, per April-Mai 119.00 M nom., per Juni-Juli 119.50 M nom. — Gerste loco 150—195 M. — Kartoffelmehl loco 33.00 M. — Trockene Kartoffelstärke loco 18.50 M. — Erbsen loco Futterware 163 bis 175 M, Roehware 190—250 M. — Weizenmehl Nr. 00 29.25—27.00 M, Nr. 0 25.50—23 M. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 29.75—28.50 M, ff. Marken

32.40 M, per März 29.70—29.85 M, per April-Mai 29.45—29.60 M, per Mai-Juni 29.20—29.30 M, per Juni-Juli 28.75—28.95 M. — Petroleum loco 23.5 M. — Rüböl loco ohne Fah 55.4 M, per April-Mai 55.2—55 M, per Septbr.-Oktbr. 55.5—55.3 M. — Spiritus ohne Fah loco unversteuert (50 M) 65.0 M, ohne Fah loco unversteuert (70 M) 45.5 M, per März 45.2 M, per April-Mai 45.7—45.4—45.7 M, per Mai-Juni 45.8—45.6—45.9 M, per Juni-Juli 46.2—46.0—46.2 M, per Juli-August 46.6—44.5—46.7 M, per August-Septbr. 46.7—46.6—46.8 M, per Septbr. 44.5—44.3—44.5 M, per Oktober-Novbr. 42.8—43.0 M.

**Magdeburg**, 4. März. Zuckerbericht. Rorzucker exkl. von 92% 18.90, Rorzucker exkl. 88% Rendement 18.00, Nachprodukte exkl. 75% Rendement 15.70. Ruhig. Brodrafainade I. 25.75, Brodrafainade II. 29.25. Gem. Raffinade mit Fah 29.50, Gem. Melis I. mit Fah 28.00. Ruhig. Rohzucker I. Product Transito f. a. B. Hamburg per März 14.25% Gd., 14.15 Br., per April 14.25 Gd., 14.30 Br., per Mai 14.45 bez. u. Br., per Juni 14.57 1/2 bez., 14.60 Br. Stettin.

### Schiffssätze.

**Neufahrwasser**, 4. März. Wind: NO. Angekommen: Jenny (Gd.), Anderson, Lübeck, leer. Gesegelt: Stettin (Gd.), Robertson, Pillau, leer. 5. März. Wind: N. Nicht in Sicht.

### Thorner Weichsel-Rapport.

**Thorn**, 4. März. Wasserstand: 1.74 Meter. Starke Eisgang in der ganzen Breite. Wind: N. Wetter: klar, 10 Gr. Frost.

### Berliner Fondsbörse vom 4. März.

Die heutige Börse eröffnete und verließ im wesentlichen in fester Haltung; die Course setzten auf speculativem Gebiet zunächst etwas besser ein und konnten sich weiterhin gut behaupten oder noch etwas anziehen, aber das Geschäft bewegte sich im allgemeinen in mäßigen Grenzen, und nur einige Ultimovertheile hatten zeitweise etwas belangreichere Umfälle für sich. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Der Kapitalsmarkt wies keine Gesamthaltung für heimische solide Anlagen auf bei mäßigen Umfällen. Reichs- und preußische consolidierte Anleihen zu wenig veränderter Notiz teilweise lebhafte. Fremde, festen Zins tragende Papiere zeigten feste Haltung; russische

Anleihen etwas anziehend und lebhafte, auch Italiener und ungarische Goldrente etwas besser; russische Noten in Folge von Deckungskäufen weiter steigend. Der Privatdiscont wurde mit 13 1/3 % notirt. Auf internationalem Geöffnung befestigt, Lombarden schwächer. Inländische Eisenbahnauctionen blieben ruhig bei ziemlich behaupteten Touren. Bankaktien waren fest. Industriepapiere behauptet, aber unbelebt. Von Montanwerthen gaben Aktien von Kohlenbergwerken im Verlaufe des Verkehrs etwas nach.

#### Deutsche Fonds.

Deutsche Reichs-Anleihe	4	106.70	Rumänische amort. Anl.	5	96.90	
do.	do.	106.70	do.	4	82.90	
do.	3 1/2	98.90	Türk. Admin.-Anleihe	5	84.80	
do.	do.	84.60	Türk. conv. 1% Anl. La.D.	1	18.80	
Konsolidirte Anleihe	4	106.40	Gerische Gold-Pfdbr.	5	86.50	
do.	do.	99.00	do.	5	80.25	
do.	do.	84.60	do.	5	80.25	
Staats-Schuldtheine	3 1/2	99.90	Griech. Goldant. v. 1890	5	58.80	
Ostpreuß. Prov.-Oblig.	3 1/2	93.60	Mexican. Anl. d. v. 1890	6	80.30	
Westpr. Prov.-Oblig.	3 1/2	—	do. Eisenb. Gl.-Anl.	—	—	
Landich. Centr.-Pfdbr.	3 1/2	96.20	(1 Lstr. = 20.40 M)	5	67.75	
Ostpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	95.00	Rom II.-VIII. Gerie (gar.)	4	78.80	
Pommersche Pfandbr.	3 1/2	96.30				
Potentische neue Pfdbr.	4	101.50				
do.	do.	95.75	Hypotheken-Pfandbriefe.			
Westpreuß. Pfandbriefe	3 1/2	95.10	Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	99.25	
do.	neue Pfandbr.	3 1/2	do.	3 1/2	91.00	
Pomm. Rentenbriefe	4	102.70	Dtch. Grundsch.-Pfdbr.	4	101.00	
Posenche do.	4	102.50	Hamb. Hypoth.-Pfdbr.	4	100.50	
Preußische do.	4	102.50	do. unkündb. b. 1900	4	111.70	
Ausländische Fonds.			Meiningen Hyp.-Pfdbr.	4	100.80	
Desterr. Goldrente	4	95.20	Nordd. Grb.-Ed.-Pfdbr.	4	100.90	
Desterr. Papier-Rente	5	88.50	Pomm. Hypoth.-Pfdbr.	neue gar.	—	
do.	do.	81.40	do.	do.	—	
do.	do.	81.00	III. IV. Em.	4	101.30	
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 1/2	101.80	V. VI. Em.	4	101.30	
do.	Papier-Rente	5	Pr. Bod.-Cred.-Act.-Bk.	4 1/2	115.25	
do.	Gold-Rente	4	87.90	Pr. Central-Bod.-Cr. B.	4	101.30
Russ.-Engl. Anleihe 1880	4	92.60	do.	3 1/2	94.00	
do.	Rente	1883	Pr. Hypoth.-Actien-Bk.	4	103.90	
do.	Rente	1884	Pr. Hypoth.-D.-A.-G.-C.	4 1/2	101.30	
Russ. Anleihe von 1889	4	94.60				
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	65.00	Stettiner Rat.-Hypoth.	5	94.10	
do. 3. Orient-Anleihe	5	65.20	do.	4 1/2	103.90	
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	62.25	do.	do.	—	
Poln. Pfandbriefe	5	64.50	(110)	4	100.50	
Italienische Rente	5	88.60	Galizier	5	85.00	

#### Ausländische Fonds.

Desterr. Goldrente	4	95.20	Rumänische ammort. Anl.	5	96.90
Desterr. Papier-Rente	5	88.50	do.	4	82.90
do.	do.	81.40	Türk. Admin.-Anleihe	5	84.80
do.	do.	81.00	Türk. conv. 1% Anl. La.D.	1	18.80
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 1/2	101.80	Gerische Gold-Pfdbr.	5	86.50
do.	Papier-Rente	5	do.	5	80.25
do.	Gold-Rente	4	Griech. Goldant. v. 1890	5	58.80
Russ.-Engl. Anleihe 1880	4	92.60	Mexican. Anl. d. v. 1890	6	80.30
do.	Rente	1883	do. Eisenb. Gl.-Anl.	—	—
do.	Rente	1884	(1 Lstr. = 20.40 M)	5	67.75
Russ. Anleihe von 1889	4	94.60	Rom II.-VIII. Gerie (gar.)	4	78.80
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	65.00			
do. 3. Orient-Anleihe	5	65.20			
Poln. Liquidat.-Pfdbr.	4	62.25			
Poln. Pfandbriefe	5	64.50			
Italienische Rente	5	88.60			

#### Lotterie-Anleihen.

Bad. Prämien-Anl.	4	139.00
Bay. Prämien-Anleihe	4	140.50
Braunschw. Pr.-Anleihe	—	103.80
Goth. Präm.-Pfandbr.	3 1/2	111.80
Hamburg. 50thlr. Loose	3	134.70
Köln-Mind. Pr.-G.	3 1/2	135.20
Lübecker Präm.-Anleihe	3 1/2	129.00
Desterr. Loose 1854	4	—
do. Cred.-L.v. 1858	—	331.00
do. Loose von 1860	5	124.00
do. do. 1864	5	316.30
Oldenburger Loose	5	129.30
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2	162.50
Raab-Grau 100Z. Loose	4	—
Ruk. Präm.-Anl. 1864	5	150.25
Ruk. Präm.-Anl. 1864	5	143.00

#### Eisenbahn-Stamm- und Stamm - Prioritäts - Actien.

Div. 1891.		
Aachen-Maastricht	—	60.90
Mainz-Ludwigshafen	—	116.25
Marienb. Mlawk. St. A.	—	55.60
Marienb. Mlawk. St. A.	—	55.60
Anatol. Bahnen	—	105.40
Brest-Grajewo	—	72.00
Do. St.-Pr.	—	108.40
Gaal-Bahn Gl.-A.	—	30.00
do. St.-Pr.	—	101.10
Mosko-Kijan.	—	17.60
Mosko-Gmolensk.	—	87.30
Orient. Eisenb.-B.-Obl.	—	84.10
Rjazan-Kostow.	—	85.90
do. St.-Pr.	—	86.30
Stargard-Pozen	—	102.20
Weimar-Gera gar.	—	17.60
do. St.-Pr.	—	85.90
Galizier	—	91.10
Gotthardbahn	—	85.00

#### Bank- und Industrie-Actionen. 1891.

1891.		
Kronpr.-Rud.-Bahn	—	89.69
Lüttich-Limburgs	—	19.30
Desterr. Franz.-St.	—	—
Nordwestbahn	—	—
do. Lit. B.	—	—